

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5366. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkonditz. Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Terrorismusgeschichten und anderes. Rundschau. Wirtschaftliche Monatschau. Der »Unsturz« des Staates, II. Wie erhöhe ich meine Invalidenrente? Adressenänderungen. — **Allgemeines:** Mehr Unfallschutz, II. »Deutsches Steindruckgewerbe.« — **Der Lithograph:** Die Bedeutung einer Neuvering in der Technik der Schriftlithographie, III. — **Die photomech. Fächer:** Formale Rechte! — **Die Tapetenbranche:** Unser Arbeitsnachweis. — **Fauleton:** Vom Büchertisch. — **Anzeigen** (mit Totenliste).

Bekanntmachungen.

Telegramm. Die Verhandlungen sind abermals bei der Arbeitszeit gescheitert. Die Unternehmer boten noch Verschlechterungen der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse, was als abolut unannehmbar abgelehnt werden mußte. Auch wissen sie Verhandlungen über alle weiteren Punkte strikte zurück. **Der Hauptvorstand.**

Streik- und Aussperrungsorte:

Altwasser. Aschaffenburg. Barmen. Berlin. Bielefeld. Braunschweig. Bremen. Breslau. Cassel. Chemnitz. Crefeld. Crimmitschau. Döbeln. Dresden. Düren. Frankfurt a. Main. Freiburg i. Schl. Fürth. Gera. Halberstadt. Halle a. Saale. Hamburg. Hannover. Heilbronn. Hofgöhlenau. Höxter. Kempen Rhl. Kiel. Kirchhain N. L. Lehr i. B. Leipzig. Lindenruh bei Glogau. Lübeck. Magdeburg. Mainz. Mannheim. Mügeln bei Dresden. Nerchau. Niedersiedlitz. Nürnberg. Offenbach a. M. Rheydt. Saalfeld. Schletttau. Schwabach. Stettin. Stuttgart. Würzburg. Wurzen. Zeitz. Bei jedem Stellungswechsel, auch am Ort, muß unbedingt vor Annahme des Engagements Auskunft eingeholt werden!

Schweden. Göteborg. Die Formstecher der Firma Eriksson stehen in einer Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit. Statt der bisherigen 56stündigen wird die bei uns geltende 54stündige wöchentliche Arbeitszeit gefordert. Da wegen der Bewegung bereits einige Kollegen gekündigt wurden, ist der Zuzug deutscher Formstecher nach Schweden streng fernzuhalten.

Terrorismusegeschichten und anderes.

Das Schutzverbandsorgan fährt fort, der Gehilfenschaft die blutigsten Terrorismusegeschichten anzuhängen, um für Ausnahmeesetze gegen die Arbeiterbewegung Stimmung zu machen. Mit den schrecklichsten Enthüllungen wird aufgewartet, wie der folgende, vom Schutzverbandsorgan unter die »unglaublichen Terrorismusefälle« verbuchte Vorgang beweist:

»Aus einem ... süddeutschen Orte wird uns gemeldet, daß der Ortsvorsitzende des Senfelderbundes, der zugleich als Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins fungiert, von den Gehilfen verlangt, daß sie während der Bewegung auf den Abonnententag für das sozialdemokratische Organ gehen sollen.«

Ja das ist doch einfach schrecklich! Aber der ungläubliche Terrorismusefall ist noch viel schlimmer, wie ihn das »Deutsche Steindruckgewerbe« darstellte, obwohl er schon nach der Schilderung dieses Blattes zeigt, »daß gerade diejenigen, die das Wort »Freiheit und Brüderlichkeit« nicht genug im Munde führen können, eine Zwangsherrschaft auftrichten, die man nur ansehen kann als Auswüchse eines absolutistischen Machtkitzels«. Wir haben sofort einen Spezial-

bänkelsänger an den Ort der vom Schutzverbandsorgan aufgedeckten Tat entsandt und können den Bericht dieses Blattes durch die Mitteilung ergänzen, daß alle Gehilfen, die dem erwähnten wirklich unerhörten Verlangen ihres Vorsitzenden nicht nachkamen, nach diversen bestialischen Marterungen erst gepfählt und dann geviertelt worden sind! Das hat das Schutzverbandsorgan bis jetzt seinen Lesern noch gar nicht berichtet. Wie werden diese erst erschauern, wenn ihnen die nächste Nummer ihres Leibblattes diesen erschrecklichen Abschluß jener erschrecklichen Schauermär kund und zu wissen tut.

Aber weiter! Im Schutzverbandsorgan ist ferner zu lesen:

»Selbst Verwandte von solchen Gehilfen, welche weiterarbeiten, werden mit Boykott bedroht, obwohl sie mit der Bewegung nicht das Geringste zu tun haben.«

Wir haben auch über diese Mitteilung sofort Erkundigungen eingezogen und können heute berichten, daß ähnliche Fälle allerdings vorgekommen sind. Nur beziehen sie sich nicht auf Gehilfen, die weiterarbeiten, sondern auf solche, die mit streiken wollten oder ausgesperrt werden sollten.

So wurde z. B. in einer großen Firma in Berlin dem Vater eines jungausgeernten Steindruckers bedeutet, daß auch er seine Tätigkeit als Buchbinder nicht mehr ausüben dürfe, wenn er seinen an der Aussperrung beteiligten Sohn nicht wieder mit ins Geschäft bringe. Am nächsten Tage erklärte der Vater in dem Betriebe, daß es ihm unmöglich gewesen sei, seinen Sohn zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen; sein Einfluß auf seinen Sohn reiche nicht so weit. Der Geschäftsleiter erklärte ihm jedoch unter Aushändigung seiner Papiere, daß man auf seine weitere Tätigkeit verzichte. Er wurde also sofort entlassen.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich in einem sächsischen Streikorte. In dem betreffenden Betriebe ist schon seit 35 Jahren der Vater eines am Streik beteiligten Gehilfen beschäftigt. Diesem alten Mann wurde erklärt, daß er sofort entlassen würde, wenn sein Sohn nicht sofort wieder zur Arbeit komme. Durch diese Bedrohung eines nahen Verwandten, der »mit der Bewegung nicht das Geringste zu tun hat, gelang es, einen ehrlichen Arbeiter zum Streikbruch zu zwingen.

Diese Fälle reihen sich den früher bereits gemeldeten gleichartigen Vorkommnissen an.

Sie kommen nicht, wie das Schutzverbandsorgan glauben zu machen versucht, auf das Konto der Gehilfen, sondern auf das der Unternehmer, und es ist ein unerhört starkes Stück, derartige brutale terroristische Akte des Unternehmertums zur Agitation für Ausnahmeesetze gegen die — Arbeiterschaft ausnützen zu wollen! Eine derartige Handlung, für deren Begehung noch ein robusteres Gewissen notwendig ist wie für die geschilderten Terrorismusefälle selbst, kann natürlich nur der Schutzverbandsschleifstein fertig bringen!

Das Schutzverbandsorgan entrüstet sich wieder einmal in seiner letzten Nummer vom

1. Dezember über unsern Ton. Es soll nicht vergessen, daß auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört und daß es aus dem Walde ebenso herausschallt, wie man hineingerufen hat. Im übrigen sind wir es gewöhnt, nicht hinterm Berge zu halten und jedes Ding beim rechten Namen zu nennen. Die Behauptungen, daß das Schutzverbandsorgan Tatsachenverdreungen, Briefunterschlagungen usw. auf dem Kerbholze hat, haben wir nicht nur aufgestellt, sondern auch bewiesen. Das ist der Unterschied zwischen unserem Ton und dem des Schutzverbandsorgans, in welchem die Gehilfenschaft und ihre beauftragten Funktionäre in der ungläublichsten Weise angepöbel werden, ohne daß man sich auch nur um den Schatten eines Beweises für die ständig wiederholte üble Nachrede bemüht.

Diese »vornehme« Tätigkeit, die durch die Ueberschwemmung der Streikenden und Ausgesperrten mit dem Schutzverbandspapier in den Kreisen der Gehilfen erst richtig bekannt wurde, hat ja dem Blatt auch den Namen Schleifstein eingetragen. Er wurde in der Kollegenschaft gang und gäbe und gelangte dadurch auch in unser Organ. Wir haben nie auf das Urheberrecht an dieser zutreffenden Bezeichnung Anspruch erhoben und überlassen dem Schutzverband neidlos den Raum, sich den Namen selbst ehrlich erworben und für seine allgemeine Einbürgerung in den Reihen der Gehilfenschaft aus eigenem Antriebe und ohne unsere Hilfe alle Mögliche getan zu haben.

Im übrigen wollen wir das Schutzverbandsorgan nicht hindern, auch in Zukunft gleich einer zimperlichen alten Jungfer über den »Ton« zu jammern, während es selbst ganz ungeniert einen Unratkübel nach dem andern gegen die Gehilfenschaft und ihre ausführenden Funktionäre zu verspritzen versucht. Wir überlassen dem Blatte auch in Zukunft dieses unappetitliche Geschäft. »Scharf und wahr!« Das soll im Gegensatz dazu auch fernerhin unser Leitsatz sein.

Als besondere Spezialität betreibt der Schutzverbandsschleifstein das Hinunterreißen der Verbandsfunktionäre, um die Gehilfenschaft gegen ihre gewählten Vertrauenspersonen aufzubetzen. Man versucht der Öffentlichkeit einzureden, daß nur »die bösen Führer« einzig und allein an der Unzufriedenheit schuld seien, während jeder Verbandskollege weiß, daß der Schutzverband in den letzten fünf Jahren alle Hebel in Bewegung setzte, um das Maß der Geduld bei der Gehilfenschaft zum Ueberschäumen zu bringen, daß die Bewegung durch die Treiberreien der Unternehmer ausgeöst wurde und daß die Verbandsfunktionäre beim gegenwärtigen Kampfe im vollsten Sinne des Wortes die Vollstrecker des Willens der überwältigenden Mehrheit der Gehilfenschaft sind. Die Abstimmungsergebnisse in Leipzig und allen anderen Streikorten sollten das auch dem Biödesten gezeigt haben.

Die Behauptung des Gegenteils ist ein alter scharfmacherischer Ladenhüter, mit dem kein Hund mehr hinter dem Ofen hervorgehockt werden kann. Der Schleifstein mag sich daher ruhig seine Demagogenkünfte sparen. Sie ziehen

nicht. Die organisierte Gehilfenschaft ist keine willenlose Hammelherde, die sich stupide führen und verführen läßt. Sie bekundete den festen Willen, eine Verbesserung ihrer Lage durchzuführen, und sie setzte diesen Willen aus freiem Mehrheitsbeschluß in die Tat um. Und bei der Verwirklichung ihres Willens steht sie in freigewählter Disziplin geschlossen hinter ihren beauftragten Vertrauenspersonen, die auf Grund des Statuts die Mehrheitsbeschlüsse der Mitglieder zur Ausführung bringen. So ist es bei uns!

Wenn es im Unternehmerlager anders ist, soll man von den Zuständen bei sich selbst nicht ohne weiteres auf gleiche Zustände bei anderen schließen. Wenn sich die Unternehmer von der Schutzverbandsleitung gleich einer willenlosen Hammelherde gängeln und leiten lassen, muß es bei der Gehilfenschaft noch lange nicht ebenso sein. Sie läßt sich nicht zu etwas zwingen; ihre Verbandsfunktionäre sind die ausführenden Organe ihres Willens, der durch demokratische Mehrheitsbeschlüsse zum Ausdruck gelangt. Gerade dieses Moment gibt der Arbeiterbewegung die Stoßkraft im Kampfe; es ist die Grundlage ihrer Erfolge.

Um aber seinen Demagogenkneifen, die Gehilfenschaft gegen ihre gewählten und verantwortlichen Führer aufzuheizen und einen Gegensatz zwischen Verbandsmitgliedern und Verbandsfunktionären zu konstruieren, einen größeren Nachdruck zu geben, hat der Schleifstein bei zwei seiner Kreaturen einige Briefe bestellt, die er in seiner letzten Nummer veröffentlicht. Sie ändern natürlich an dem Vorhergesagten nicht ein Jota, denn dieselben Leute, die es fertig bringen, zum Judas an ihn ein Kollegen zu werden und mit den Ausbeutern als Streikbrecher gegen ihre ausgebeuteten Kollegen zu kämpfen, bringen es natürlich auch fertig, in bescheiden und diktierten Sudelebriefen für die Ausbeuter und gegen die ausgebeuteten Stellung zu nehmen. Haben sie sich einmal dem Unternehmertum mit Haut und Haaren verkauft, dann können sie natürlich auch solchen Zumutungen keinen Widerstand mehr entgegensetzen. Schließlich glauben sie auch noch durch die Leistung der artigen Arbeiten ihren Verrat an ihren Kollegen rechtfertigen und sich gleichzeitig bei den Unternehmern neue Steine ins Brett setzen zu können.

So und nicht anders sind die beiden Briefe einzuschätzen, die sich das Schutzverbandsorgan von zwei Gelbdingen und Anwärtern der schutzverbändlerischen Vereinsversicherungsbank schreiben ließ. »Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!« Das ist das einzige, was man von solchen Selbstkatzen sagen kann. Was sie getan haben, werden sie erst einmal begreifen, wenn es zu spät ist und wenn sie sich selbst als betrogene Betrüger erkannt haben werden.

Rundschau.

Eine verpuffte Streikjustizaktion. Unter dieser Spitzmarke schreibt man uns: Die im Schutzverbände organisierten Steindruckereibereiter haben ganz entschieden Pech. Welche Simmen haben sie nicht schon zur Aushaltung der gelben Organisation ausgesprochen! Simmen, den Arbeitern in Gestalt von Mehrwert abgenommen. Sie haben ihre Lehrlinge in diese gelbe Organisation hineingezwungen und hoffen, dadurch Streikbrecheraspiranten zu züchten. Aber, welche Täuschung! Die Lehrlinge traten nach dem Auslernen der freien Organisation bei, aller Terrorismus hatte nichts genützt. Findet sich aber doch einmal so ein junger Mann, bei dem die Erziehung zum Streikbrecher erfolgreich ist, dann muß dieses »nützliche Element« durch das »Gesetz« geschützt werden; eine Handlung muß geschützt werden, die moralisch nicht zu rechtfertigen ist. Dies mußte dieser Tage ein junger Steindrukker in Hannover erfahren, dessen Gesetzesverletzung darin bestand, einen aus den Reihen der ausgesperrten Lithographen abtrünnig Gewordenen »bedroht« zu haben. Aber, wie gesagt, die Unternehmer haben Pech, und in diesem speziellen Falle ist es der Inhaber der Firma Molling & Co. in Hannover, der mit der Stellung des Strafantrages insofern Pech hatte, daß er als Zeugen für das Kapital — Kinder (!) auspazieren ließ. Eine heitere Weile flog über die ersten Gesichter im Gerichtssaal, von der selbst die mit Ernst und Würde ihres Amtes Waltenden nicht verschont blieben, als zwei Knipse von 14 und 15 Jahren bezugen sollten,

daß ein achtzehnjähriger Steindrukker obengenannten abtrünnigen Lithographen dadurch »bedroht« haben soll, daß er den Knippsen gegenüber die Meinung kundgab, dieser Lithograph hätte für sein Verhalten von Rechts wegen Schläge verdient. Dies war die ganze Straftat, die an sich so kindlich ist und bar jeder Voraussetzung, dem Kadl hinterbracht zu werden, daß selbst der Staatsanwalt ohne weiteres Freisprechung des Angeklagten beantragte. Damit wäre der ganze Fall erledigt, wäre nicht noch ein interessantes Moment zu erwähnen. Dem bedrohten Lithographen war von selten Hintermännern ohne Zweifel die Meinung eingeflüßelt, als befänden sich die Lithographen und Steindrukker im Streik. Er vertrat diese Ansicht stereotyp vor Gericht und mußte erreichen, bei den Richtern den Glauben zu erwecken, durch die Straftat sei der § 153 der Gewerbeordnung, bei dessen Verletzung bekanntlich Gefängnisstrafe eintritt, verletzt worden. Aber der Verteidiger stellte sofort fest, daß die Lithographen am Orte nicht streikten, sondern ausgeperrt seien, und der Angeklagte selbst sei eine Woche vor der Bewegung von der Firma aus Gründen, die mit der Bewegung nicht das geringste zu tun hatten, entlassen worden, stände also zur Aussperrung in gar keiner Beziehung; ja der bewußte Lithograph hat die »Drohung« selbst gar nicht einmal gehört. Die Schöffenrichter konnten sich der Klarheit dieser Tatsachen nicht gut entziehen, hielten aber trotzdem eine Geldstrafe von 15 Mk. für angebracht, und zwar auf Grund des § 241 des Strafgesetzbuches. Zweierlei ist aus diesem Prozesse zu lernen: Einmal ging das Gericht über den Freiheitsantrag des Staatsanwalts hinweg und verurteilte den Angeklagten, wenn auch nur zu einer geringen Geldstrafe. Es folgte hier, natürlich nur unbewußt den Bahnen, die die deutschen Scharfmacher der Regierung vorschreiben möchten, nämlich die Nötigungs- und Bedrohungsparagraphen des neuen Gesetzbuches so zu fassen, daß ihre Anwendung auf kämpfende Gewerkschafter möglich ist und damit zugleich das Streikrecht illusorisch gemacht wird. Eine Mahnung also an die deutschen Arbeiter, die Augen offen zuhalten. Andererseits ist dieser Fall typisch für die Kampfweise der Steindruckereibereiter. Man wollte einen großen Terrorismusakt ausbilden, einen Akt, von dem der Staatsanwalt selbst sagte, es sei ein Jugendstreich. Weiß denn der Inhaber der Firma A. Molling & Co. nicht, daß zum Teil seine eignen Kollegen grade in Hannover den schlimmsten Terrorismus, der überhaupt möglich ist, anwenden? Wie man alten Vätern unsere Kollegen die Hungerpeitsche vor dem Gesicht schwingt, wenn ihre Söhne keine Streikbrecher werden? Eines solchen Terrorismus sind Arbeiter nicht fähig. Die Arbeiter beider Seiten die Unternehmer um eine solche Kamofeje-weise wahrlich nicht. Die Arbeiter wissen, daß Recht und Gerechtigkeit auf ihrer Seite ist, und wenn diese beiden Attribute edler Menschlichkeit allein ausbleiben würden, die Arbeiter hätten längst gesiegt. Sozialer Bedenkenlosigkeit des Kapitalismus der nach Aussagen von Angehörigen der Kapitalistenklasse auf diese moralisierend wirken soll. Und dieser Prozeß hat ein neues Schlaglicht auf diese Tendenz geworfen.

Die Sittenwidrigkeit der Streikarbeit stellte das Berliner Gewerbegericht abermal fest, und zwar wiederum in einer Schadenersatzklage, die aus dem gegenwärtigen Kampf im Steindruckergewerbe hervorging. Die Klage stützt sich auf § 124 b der Gewerbeordnung, wonach der Arbeitgeber für den Fall des Kontraktbruchs des Arbeiters den ortsüblichen Tagelohn für eine Woche als Schadenersatz fordern kann, ohne dabei an den Nachweis des Schadens gebunden zu sein. Der Beklagte erhob Widerklage wegen 7,60 Mk. rückständigen Lohnes und machte geltend, daß er mit Recht die Arbeit verlassen hat, weil er, obwohl er nur Hilfsarbeiter sei, die Arbeit der ausständigen Steindrukker machen sollte. Das Gewerbegericht erklärte die Verweigerung der Streikarbeit für durchaus berechtigt. Da der Beklagte aber nicht die ihm zugemutete Streikarbeit zurückgewiesen, sondern kurzhand das Arbeitsverhältnis fristlos gelöst habe, so liege allerdings Kontraktbruch vor. Beklagter wurde verurteilt, an den Kläger die Entschädigung zu zahlen, während dieser an den Beklagten und Widerkläger den rückständigen Lohn mit 7,60 Mk. herauszahlen muß. — Das Gewerbegericht würde also den beklagten Hilfsarbeiter nicht zu Schadenersatz wegen Kontraktbruch verurteilt haben, wenn er nur die ihm zugemutete Streikarbeit zurückgewiesen, das Arbeitsverhältnis selbst aber nicht fristlos gelöst hätte.

Zu der Notiz »Streikbrecherfang« in Nr. 54 der »Gr. Pr.« ging uns am 4. Dezember durch Herrn Justizrat Rudolf Rau in Nürnberg folgende Berichtigung der Firma Wolfrum & Hauptmann zu: In Nr. 54 dieses Blattes vom 25. November dieses Jahres ist in der Rubrik »Rundschau« und unter der Aufschrift »Streikbrecherfang« ein Artikel erschienen, in welchem unser Verhalten gegenüber dem Steindrukker Herrn Georg Gerstner, hier, einer abfälligen Besprechung unterzogen ist. In dem Artikel ist namentlich behauptet, daß wir Herrn Gerstner durch fragwürdige Praktiken zum Streikbruch veranlaßt hätten. Demgegenüber stellen wir fest, daß wir Herrn Gerstner überhaupt nicht dazu veranlaßt haben, die Arbeit bei uns aufzunehmen, sondern daß er selbst aus eigenem,

freien Antrieb um Arbeit bei uns nachgeuchtet hat und seinem Ansuchen entsprechend von uns eingestellt worden ist. Davon, daß Herr Gerstner angetrunken gewesen wäre, haben wir nicht das Mindeste bemerkt. Dieser Sachverhalt wurde auch gelegentlich der Verhandlung am Gewerbegericht einwandfrei festgestellt. Nürnberg, den 29. November 1911. Wolfrum & Hauptmann. Aus unserer Notiz ist zu ersehen, daß wir sie der »Fränk. Tagespost« entnommen haben, die mit einer fast gleichlautenden Berichtigung der genannten Firma bedacht wurde. Zu der Darlegung des Sachverhalts durch die Firma Wolfrum & Hauptmann bemerkt die »Fränk. Tagespost« im Anschluß an den Abdruck der Berichtigung: »Unser Gewerbegerichtsberichterstatter hält demgegenüber seine Darstellung aufrecht.«

Die Tarifverhandlungen der Buchdruckereihilfsarbeiter mit den Buchdruckereibereitern, die am 27. und 28. November in Leipzig stattfanden, sind gescheitert. Die von den Vertretern der Unternehmer gestellten Anträge zur Abänderung der Allgemeinen Bestimmungen, die bekanntlich die Grundlage zu den östlichen Lohntarifen bilden, enthielten fast durchweg Verschlechterungen der bisher bestandenen Arbeitsbedingungen. Verlängerung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde, Personaleinschränkungen an erprobten Maschinensystemen, Herabsetzung der Ueberstundenzuschläge um 25 Proz. bei Sonntagsarbeit, Haftpflicht der Organisationen für Tarifverletzungen und Streichung der bestehenden Solidaritätsklauseln, wonach vom Hilfsräumliche Streikbrecherdienste bei Ausständen verwandter Berufe wegen Einführung von Tarifen nicht verlangt werden dürfen, bildeten die Hauptpunkte der Prinzipalansätze. Hauptsächlich der letzte Punkt in Gemeinschaft mit einem Antrag auf Aufhebung des § 14 der Allgemeinen Bestimmungen, der bestehende bessere, günstigere Verhältnisse in Lohn und Arbeitszeit vor Verschlechterungen schützen will, bildeten die Klippen, an denen die Verhandlungen scheiterten. Von den Prinzipalen wurde zwar bezüglich der Arbeitszeit jene der Buchdrucker im neuen Tarife zugestanden und auch eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt, aber von dem Verlangten auf Streichung des § 14 gingen sie nicht ab. Darauf einzuweichen war den Vertretern des Hilfsarbeiterverbandes nicht möglich, weil sie nach Aufhebung dieser Bestimmung, die die Unantastbarkeit besserer Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse bisher garantierte, für die Zukunft keine Sicherheit zu haben glauben, daß die Versprechungen der Prinzipalvertreter auch eingehalten würden. Infolgedessen wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

In der Berliner Metallindustrie kam es am 1. Dezember zu einer großen Aussperrung. Sie wurde von der Metallindustriellen verfügt, um einen Druck auf die seit dem 6. Oktober streikenden Formner auszuüben. Kurz vor dem Beginn der Aussperrung fanden zwischen den Vertretern des Unternehmertums und der Arbeiterorganisationen Verhandlungen statt, deren Ergebnisse jedoch von den Formnern, die am 30. November in einer Riesensammlung Stellung zu den Vereinbarungen nahmen, abgelehnt wurden. Daraufhin begann am 1. Dezember die Aussperrung, die 60 Proz. aller bei den Berliner Metallindustriellen beschäftigten Arbeiter umfassen soll; man will also 60000 bis 70000 Arbeiter auf's Pfahler werfen. Bis zum Abend des 2. Dezember betrug die Zahl der Aussperrten erst rund 32000. Die Arbeiterschaft hat sich für einen großen Kampf gerüstet. Zur Durchführung der Bewegung haben die Berliner Verwaltungen der Organisationen, die in den Betrieben der Metallindustriellen Mitglieder haben ein Kartell geschlossen, welchem außer dem Metallarbeiterverband die Verbände der Holzarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Schmiede, Maler und Lackierer, Maschinisten und Heizer, Kupferschmiede und Handlungsgesellen angehören. Es kann also zu einem hartnäckigen Kampfe kommen, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind.

Ein Streik der Helmarbeiterinnen ist am 24. November in der Berliner Damenkonfektion ausgebrochen. Verlangt wird die Einführung von festen Lohntarifen, wie sie in anderen Branchen der Schneiderlei schon seit längerer Zeit existieren. Der Verband der Damen- und Mädchenmüllfabrikanten, die Unternehmerorganisation, will aber keine Beschränkung seiner Ausbuchtungsfreiheit. Er erklärte sich zwar bereit, die Löhne in der Helmarbeit aufzubessern, aber die Arbeiterinnen haben aus den Erfahrungen nach dem Kampf vom Jahre 1896 zu Genüge gelernt, was von solchen Fabrikantenversprechungen zu halten ist. Nach den Angaben der Handelskammer sind in der Berliner Damenkonfektion 52000 Personen beschäftigt, doch ist die Zahl der Streikenden erheblich kleiner, da gegenwärtig stille Zeit in der Damenkonfektion ist. Bei dem Kampf kommt es hauptsächlich darauf an, die Anfertigung von Mustern zu verhindern, und der Streik ist nur für die ganze Branche erklärt worden, um Irrtümer und Umgehungen zu vermeiden. Bemerkenswert ist, daß der Kampf von den Arbeiterinnen gemeinsam mit den Zwischenmeisterinnen, die im Arbeiterverband für das Damenschneidergewerbe organisiert sind, gegen die Fabrikanten geführt wird. Bei der Neuen Photographischen Gesellschaft in Steglitz bei Berlin ist nach der

Frank. Ztg.: eine Finanztransaktion zustande gekommen. Die Gesellschaft hat ihren Anteil von ursprünglich 480 000 Mark an der mit 100 000 Mk. ausgestatteten F. W. Ebbinghaus G. m. H. in Letmathe an den Vorbesitzer verkauft. Der Anteil war inzwischen durch Verluste der G. m. b. H. vermindert worden; die Ablosung erfolgte zu einem Preise, der für die Neue Photographische Gesellschaft einen Verlust von etwa 250 000 Mk. mit sich bringt. Indessen zieht die Aktiengesellschaft Vorteile aus dieser Transaktion dadurch für sich, daß eine Beteiligung von 1 Million Mark, die sie für die G. m. b. H. verschiedenen Instituten (darunter dem Schaffhauser Bankverein) gegenüber bisher in Guthaben von 250 000 Mark der Aktiengesellschaft bei der G. m. b. H., das bisher kaum realisierbar war, gut werden dürfte. Der Betrag von 1 000 000 Mark soll allmählich in die Neue Photographische Gesellschaft abbezahlt werden. Das Letmathe Engagement stammt aus dem Jahre 1905. Demals wurden für die Ebbinghaus Fabrik 100 Aktien der Neuen Photographischen Gesellschaft gegeben.

Das neue Tapetenkartell. Das Berl. Tagebl. berichtet: Bevor noch der bisherige Tapetenkartellvertrag, der zwischen dem Verein deutscher Tapetenfabrikanten und der Tapetenindustrie Akt.-Ges. (Tiag) zum Mai 1912 geschlossen war, seinen programmatischen Ablauf gefunden hat, ist er bereits durch ein neues, am 12. November in Hannover geschlossenes Kartell ersetzt worden, das bis zum 1. Dezember 1912 in Kraft bleibt. Am 9. Dezember wird der neue Verband seine erste allgemeine Sitzung abhalten und am 10. Dezember wird er mit den Händlervereinen in gemeinschaftlicher Sitzung über die in Zukunft einzuschlagenden Wege beraten. — Die maßgebenden Kreise des Kartells sind sich durchaus darüber klar, daß dieses seine Zwecke nur dann erreichen kann, wenn es ihm gelingt, die Zwischenhändler möglichst vollständig auf seine Seite zu bringen. Das wird mit den üblichen terroristischen Mitteln zu erreichen gesucht. Das Kartell hat nämlich in seinen mit den Händlervereinen abgeschlossenen Lieferungsbedingungen die Bestimmungen aufgenommen, daß nur diejenigen Tapetenhändler Waren vom Verbands bekommen sollen, die ihren ganzen Bedarf beim Verbands decken und dafür auch eine Umsatzprovision erhalten. Diese und andere Kartellbestimmungen sollen mit größter Strenge durchgeführt werden. Das Revisionsbureau, das früher in Berlin war, wird jetzt nach Chemnitz verlegt, und es soll sorgfältig darüber bewacht werden, daß die vorgeschriebenen Preise sowohl auf Seiten der Fabrikanten wie auf Seiten der Händler genau innegehalten werden. Wer gegen die Preisnormierungen verstößt oder höhere Abatte bewilligt, muß Konventionalstrafen zahlen, oder es werden ihm die Lieferungen gesperrt. Bereits vor sechs Jahren hat man etwas Ähnliches versucht, und der damals so vielgenannte Tapetenkartell soll nun wieder auflieben. Die heutigen Verhältnisse liegen aber doch wesentlich anders, und die Außenwelt sehen ihre Situation keineswegs als bedrohlich an. Während damals nur fünf Kartellfabriken existierten, sind es heute 20, unter denen eine ganze Anzahl großer und bedeutender Betriebe vorhanden ist. Ob und wie weit es unter diesen Umständen dem Tapetenkartell gelingen wird, seine Ziele zu erreichen, bleibt abzuwarten.

Die Lebensmittelpreise, die nach den von Richard Calwer seit Januar d. J. regelmäßig veröffentlichten *»Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise«* allein in den ersten Dreivierteljahre 1911 um 5,4 Proz. gestiegen sind, haben auch im Oktober eine weitere Steigerung erfahren. Und zwar ist die Reichsindexziffer für die bereits in Nr. 48 der *»Gr. Pr.«* genannten Waren wiederum auf 247,7 Mark im September auf 248,8 Mark im Oktober, also um 0,11 Mk. in die Höhe gegangen! Im Januar, in welchem die Reichsindexziffer auf 250 Mk. betrug, bezifferte sich also die Steigerung auf 1,38 Mk., das sind 5,87 Prozent! Schlagender Beweis durch die Lehren der Calwerschen Statistik kann die Notwendigkeit einer Verbesserung der Arbeiterlöhne nicht bewiesen werden!

Der Arbeitsmarkt im Oktober hat sich laut den Berichten der Industrie an das Reichsarbeitsblatt (Nr. 11) gegenüber dem Vormonat in mehreren Gewerben gebessert. Der Ruhrkohlenmarkt zeigte im allgemeinen ein günstiges Aussehen, auch die Steinkohlenwerke in Ober- und Niederschlesien waren zumeist zufriedenstellend beschäftigt; ebenfalls waren auch die Anforderungen im mitteldeutschen Braunkohlengebiete. Im Kohlenbergbau sowie in einigen anderen Industrien machte sich der Wagenmangel stark bemerkbar. Gut beschäftigt waren auch die chemische und elektrische Industrie sowie die Kaliberbau. Auch die Lage der Rohlenergieerzeugung war im allgemeinen günstig. Der Geschäftsgang in der Tuchindustrie hat sich etwas gebessert, der in den Baumwollspinnereien war aber noch immer recht ungünstig. Schwach befriedigend war auch die Lage der Spiritusindustrie und recht günstig die der Zigarrenindustrie. In Brauereiwirtschaften machten sich, besonders in Norddeutschland, Verbrauchseinschränkungen bemerkbar.

Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 2. Dezember 1911.

Neue Fusionen: Braunkohlenproduktion; Versicherungsgewerbe; Petroleumkartell in Oesterreich; Eisenstatistik; Kohlenstatistik; Elektrizitätsindustrie; Großbrauereien

Während in den Vereinigten Staaten, zum Teil in selbststärker und befremdender Weise, der Kampf gegen die großen, konkurrenz ausschaltenden kapitalistischen Vereinigungen fortgeführt wird, schreitet bei uns die *Fusionierung* und *Syndizierung* bisher selbstständiger Unternehmen zusehends weiter.

So wird vom mitteldeutschen *Braunkohlengebiet* die bevorstehende Verschmelzung dreier Werke angekündigt: die Werschen-Weißenfeller Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft, die seit 1885 besteht, also mit zu den ältesten Betrieben zählt, mit der Waldauer Braunkohlenindustrie Aktien-Gesellschaft und der Gewerkschaft Carlstoph-Friedrich. Den Namen für die mit 14 Millionen Mark Aktienkapital auszustattende neue Vereinigung gibt zwar das erwähnte älteste Unternehmen her, dessen Aktienkapital bisher 3 1/2 Millionen Mark betrug. Den Hauptbestandteil bildet jedoch die zuletzt genannte Gewerkschaft, auf die allein von den 14 Millionen Mark Aktien des Konzerns 6 Millionen Mark entfallen. Hier stoßen wir zugleich auf den eigentlichen Träger der ganzen Umgestaltung; denn sämtliche bisherigen 100 Kuxe von Christoph-Friedrich befinden sich in den Händen einer von der Diskontogesellschaft geleiteten Gruppe, und der Diskontogesellschaft ist nunmehr die führende Stellung bei der mehr als verdoppelten Kapitalverbindung gesichert. Erst vor kurzem gliederten auf demselben mitteldeutschen Produktionsgebiet die A. Riebeckischen Montanwerke die Sächsisch-Thüringische Aktiengesellschaft für Braunkohlenverwertung und die Nürnberger Braunkohlen Aktiengesellschaft an. Die erworbene breitere Grundlage soll den Beteiligten wohl zugleich eine festere Position bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats verschaffen, das vorläufig nur bis zum 1. April 1914 abgeschlossen ist. Die starken Konzerne, im Gegensatz zu den kapitalischwächeren, einseitigen Konkurrenten, pochen darauf, daß sie auch einer syndikatslosen Zeit unbesorgter entgegen sehen könnten und daß daher die Kleineren gut tun würden, die Bedingungen der Großen anzunehmen. In der Pressemitteilung über die neue Fusion wird dieser eine große Ersparnis an toten Produktionskosten der zerplitterten Betriebsweise nachgerühmt, was nach außen hin natürlich wieder als Hebung der Konkurrenzfähigkeit und Konkurrenzüberlegenheit wirkt.

Die *Versicherungsbranche*, in der es bekanntlich an Interessengemeinschaften und Wettbewerbsregelungen aller Art nicht fehlt, betrifft das Fusionsprojekt der Gesellschaften *»Hamburg- und Vita-Mannheim«*. Die *»Vita-«* betreibt die Lebens-, Aussteuer-, Militärdienst- und Volksversicherung, ihr Versicherungsbestand war Ende 1910 63447 Policen mit 35,72 Mill. Mark Kapital; an Akt. er worden im Gründungsjahr 1901 2 Millionen Mark, dann nochmals 1903 1 Million Mark ausgegeben. Die *»Hamburg-«* — 1897 mit 4 Millionen Mark Aktienkapital gegründet, das sich bis 1910 auf 5,60 Millionen Mark steigerte — will die gesamten Aktien des Mannheimer Instituts übernehmen; sie betreibt die Feuer-, Transport-, Lebens-, Unfall-, Haftpflicht- und Einbruchdiebstahlversicherung, aber, mit Ausnahme der Transportversicherung, nur noch im Wege der Rückversicherung. Nicht ohne Einfluß auf das Gelingen der geplanten Fusion wird die Haltung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung sein, das bisher kein Freund einer Vereinigung von Sach- und Lebensversicherung war.

Ferner ist nach jahrelangem Hin und Her das *österreichisch-ungarische Petroleum-Kartell* zum Abschluß gelangt. Zu einem gemeinsamen Zentralverkaufs-bureau für Petroleum und alle Nebenprodukte, ursprünglich geplant, ist man jedoch dabei — mit Ausnahme des Paraffins — nicht gekommen. Die Regelung ruht vielmehr auf Kontinentszuweisungen (Festsetzung von Beteiligungskontingen, sagen wir bei unsern Montansyndikaten) für die Raffinerien; die Summe aller Petroleumkontingente beträgt für den Inlandsabsatz wie für den Export je 3 Millionen Doppelzentner. Um den Export, um den sich der Hauptkampf zwischen den großen internationalen Verbänden dreht, zu fördern, soll von jedem im Inland abgesetzten Doppelzentner Petroleum zugunsten eines jeden exportierten Doppelzentners ein Exportzuschuß erhoben werden: im allgemeinen gleich der Hälfte des 27 Kronen übersteigenden Inlandspreises, maximal jedoch auf 4 Kronen beschränkt. Wir haben hier, wie man sieht, abermals die altbekannte differenzielle Behandlung von Inlands- und Auslandsabsatz vor uns. Solange man *»überproduziert«*, muß man exportieren; auf den *»neutralen«* Märkten wütet jedoch der Konkurrenzkampf meistens in vollster Schärfe und die Hauptwaffe zu Angriff und Verteidigung ist die Preisfedrigkeit. Was man in dieser Richtung an Kampfkosten aufwendet, muß der Inlandsabsatz wieder hereinbringen; durch Zölle, Transporttarife oder durch die natürliche Nachbarschaft geschützt, kann man dem Inland in der Tat diesen Tribut auferlegen und abnehmen. Deutschland als Auslandskonsument kann unter Umständen von dieser, direkt auf den Exportkampf zugeschnittenen Kartellierung Vorteile haben. Nach den bisherigen Erfahrungen wäre es aber auch

möglich, daß die Vereinbarung, wie so mancher frühere österreichische Anlauf, zu keinem rechten Leben erwacht.

D. B. die deutsche Produktion, bei aller Erregung und Depression der Börsen, ihre Aufwärtsbewegung nicht eingebüßt hat, zeigen unsere großen Montan-gewerbe. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug im Monat Oktober die *Rohlenergieerzeugung* für Deutschland und Luxemburg 1 334 941 Tonnen, gegen 1 250 702 Tonnen im September 1911 und 1 291 379 Tonnen im Oktober 1910. Nicht nur alle letzt-jährigen Oktobersummen, sondern alle früheren Monatsziffern überhaupt sind damit überflügelt. Die Erzeugung während der Monate Januar bis Oktober 1911 stellte sich auf 12 842 690 Tonnen gegen 12 213 938 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Nicht für das ganze Reich, wohl aber für Preußen liegt jetzt die detaillierte Statistik der *Kohlenproduktion* für die ersten drei Vierteljahre vor. Danach hat die Förderung von Steinkohlen bei durchschnittlich 267 im Betrieb gewesenen Werken eine Höhe von 112 96 Millionen Tonnen erreicht. Sie liegt damit um 6,85 Millionen Tonnen oder 6,46 Prozent über der des gleichen Zeitraumes im Jahre 1910. Die Braunkohlenförderung betrug 44,13 Millionen Tonnen in 346 betriebenen Werken und lag damit um 3,25 Millionen Tonnen oder 7,06 Prozent über dem Vorjahre. Das alles weist auf durchaus günstige Verhältnisse in der Mehrheit unserer Industrien hin.

Die *Elektrizitätsindustrie* liefert eine weitere Bestätigung dafür. Der in der Generalversammlung bekanntgegebene Auftrag bestand der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (per 30. September 362 Mill. Mark gegen 270 Mill. Mark vor Jahresfrist) über-raschte allgemein durch seine Höhe. Die in der Aufsichtsratsitzung vom 21. November mitgeteilten Bilanzen des Siemens-Schuckert-Konzerns standen gleichfalls mit allen vorangegangenen Abschlüssen der andern großen Werke im Einklang. So verzeichnete die Siemens & Halske A. G. für ihr letztes Geschäftsjahr einen gegen das Vorjahr um 824 000 Mk. höheren Reingewinn. An den Siemens-Schuckert-Werken sind Siemens & Halske mit 45,05 Millionen Mark, die Nürnberger Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (vormals S. Schuckert & Co.) mit 44,95 Millionen Mark Gesellschaftskapital beteiligt. Die Ueberholung des Vorjahres durch das eben abgelaufene Geschäftsjahr ist hier noch viel kräftiger. Der Reingewinn schwoll von 10,6 auf 13,4 Millionen Mark an. Bei Siemens & Halske wurde schon länger von einer bevorstehenden Kapitalerhöhung gemonkelt; für die nächste Zeit wird die Absicht jetzt bestritten. Die Tantiemen für den Aufsichtsrat sind in dem Preß-kommuniké nicht angegeben, doch glaubt das Berl. Tagebl. sie auf 333 773 Mark berechnen zu können, gegen 333 707 Mk. im Vorjahre und 331 995 Mark in 1908/09. Das wäre in drei Jahren rund eine Million Mark für die gewiß nicht übermäßigen Bemühungen einer Handvoll von Finanzgrößen und Bankvertrauensmännern.

Nicht ohne Kopfschütteln wird mancher die Geschäftsüberblicke der *Großbrauereien* lesen. Diese Brauereien haben es jederzeit trefflich verstanden, sich als die widerstandsfähigen Opfer von politischen und sonstigen Maßnahmen aller Art hinzustellen. Sie haben in dieser Beziehung niemals gerührt, bis durch Zeitungen und Parlamente die allgemeine Stimmung soweit zu ihren Gunsten vorbereitet war, daß man nicht bloß ihren wirklichen Schaden ausgleichen, sondern auch gleich noch eine ganz erkleckliche Mehrbeute davontragen konnte. Wirte, Händler, Konsumenten haben schließlich allesamt die *»Abwehr«*-maßnahmen der Großbetriebe über sich ergehen lassen müssen; nur die Riesebrauereien selber haben, statt an der Tragung der Opfer teilzunehmen, größere Gewinne einzustreichen gewußt. So spricht der Jahresbericht der Schuitheißbrauerei, des größten deutschen Unternehmens dieser Branche, von dem *»günstigen Brauereijahr 1910/11«*, das bei fast allen Brauereien eine Erhöhung der Gewinne und vielfach auch der Dividenden ermöglichte. Die Schuitheißbrauerei selber hat ihren Absatz binnen eines Jahres um 213 756 Hektoliter gesteigert, also um nicht weniger wie 16 Proz. des vorjährigen Gesamtabsatzes. Der Nettogewinn stellt sich auf 2 492 344 Mark (gegen 2 346 312 Mark), also auf über 140 000 Mark mehr wie im Vorjahre. Die Dividende soll von 14 auf 15 Proz. erhöht werden. Daneben sind die Abschreibungen von 1,47 auf 1,99 Mill. Mark gewachsen. — Ähnlich konstatiert der Geschäftsbericht von Patzenhofer (Friedrichshöhe) eine *»außerordentlich hohe Absatzzunahme«*, eine Mehrverwendung von 123 487 Mark zu Abschreibungen, und er will schließlich 850 500 Mark statt 793 800 Mark, oder 14 statt 12 Proz. (1908/09 und 19,708 nur 11 Prozent) als Dividende ausgeworfen sehen.

Nach Max Schuppels *»Wirtschaftl. Rundschau«*.

Der »Umsturz« des Staates.

II.

Lediglich in der Landwirtschaft ist die Zahl der Kleinbetriebe nicht zurückgegangen. Die Ueberzahl der Großbetriebe hat sich in der Landwirtschaft nicht so durchzusetzen vermocht, wie in der Industrie. Wir müssen aber dabei bedenken, daß

In Deutschland die Landwirtschaft durchaus nicht mehr die Bedeutung wie früher besitzt. Ueber ein Drittel der Bevölkerung ist in ihr beschäftigt; vor 100 Jahren waren es noch $\frac{2}{3}$ aller Einwohner Deutschlands, die sich in der Landwirtschaft betätigten. Die Landwirtschaft allein kann aber der Sozialisierung der Gesellschaft nicht entgegenwirken.

Daher ist auch in der Landwirtschaft durchaus keine wesentlich andere Entwicklung zu verzeichnen. Die Großbetriebe in der Industrie sind jüngerer Datums, sie mußten erst eine große Anzahl von Kleinbetrieben aufsaugen. In der Landwirtschaft ist uns der Großbetrieb aus der vorkapitalistischen Zeit überliefert worden, und schon heute haben einige zehntausend Großgrundbesitzer den größten Teil der landwirtschaftlich bebauten deutschen Bodenfläche im Besitz. Die Klassengegensätze brauchen hier also gar nicht erst entstehen. Der Landarbeiter und kleine Parzellenbauer steht durch eine scharfe Kluft getrennt dem Großgrundbesitzer gegenüber. Wenn auch die Kleinbauern und Landarbeiter zu einem großen Teil diesen Klassengegensatz noch nicht erkannt haben, so tut dies der Tatsache, daß dieser Gegensatz vorhanden ist, keinen Eintrag. Auch in der Landwirtschaft steigt die Zahl der unselbständigen Arbeiter fortwährend. Sie betrug 1907 78 Prozent gegen 68 P. v. im Jahre 1882. 19100000 Landarbeiter gegen 5490000 selbständige Landwirte verzeichnet die Statistik von 1907. Dabei ist jeder Besitzer auch des kleinsten Stückchen Landes als selbständiger Landwirt betrachtet worden.

Den gewaltigsten Betriebskonzentrationen aber begegnen wir in der Industrie. Immer größere Industriekomplexe sind entstanden. Wir finden auch in Deutschland geradezu gigantische Kombinationen von Kohlen- und Hüttenwerken, die ein Durchlaufen aller Arbeitsprozesse, die bis in das kleinste spezialisiert sind, in einem Unternehmen ermöglichen. Die weltbekannte A. E. G., die Siemens Werke, die gewaltigen Kohlen- und Hüttenwerke im Rheinlande sind solche Riesenorganisationen, die unzweifelhaft eine unendlich höhere Betriebsform darstellen gegen den Handwerksbetrieb früherer Zeit.

Im Handel finden wir in jeder Großstadt die stolzen, mit Millionen-Etats arbeitenden Warenhäuser. Geschäftshäuser mit hundert Filialen in aller Herrn Ländern lösen den kleinen Kaufmann ab und auch im Verkehrswesen kennzeichnen die Riesenbetriebe der Dampfschiffgesellschaften, die mächtigen Rheedereien, die viele Tausende Arbeiter beschäftigen, den Sieg des Großkapitals. Von den Unternehmungen des Staates auf dem Gebiete des Verkehrswesens gar nicht zu reden.

Den Höhepunkt der kapitalistischen Organisation finden wir im Bankwesen. Der kleine Bankier ist völlig zurückgedrängt worden. Wenige Riesenbanken kontrollieren viele Hunderte von Bankinstituten, wie es in der Fachsprache heißt, und beherrschen souverän das ganze Wirtschaftsleben. Eine gewaltige Vereinheitlichung der ganzen Produktion ist eingetreten. Die Produktion hat mehr und mehr sozialen Charakter angenommen, freilich heute hat lediglich das Kapital davon den Nutzen. Das kann auf die Dauer nicht so bleiben. Wenn die Grundlagen der Gütererzeugung gesellschaftlich sind, so wird es für die Gesellschaft unrentabel, wenn Einzelne nur auf Grund ihres Kapitals den Gewinn abschöpfen.

So rechtzeitigen die Ereignisse der letzten zwei Jahrzehnte voll und ganz das Programm der Sozialdemokratie.

Wenn, wie wir sehen, die Keime der sozialistischen Gesellschaft sich schon in der heutigen Wirtschaftsordnung zeigen, so ist es berechtigt, zu untersuchen, wie die sozialistische Gesellschaft ausgestaltet sein wird. Die Gegner behaupten, entweder würde der Zukunftsstaat ein Zuchtstaatsstaat sein oder aber nur unter Engeln sei er möglich. Wir können es ruhig der Zukunft überlassen; wir wissen, die arbeitende Menschheit, deren Reife, deren Freiheitsgefühl immer bewußter und stürmischer wird, richtet sich ganz gewiß keinen Zuchtstaat an. Die Gegner sagen, »da im Zukunftsstaat für Staatsrechnung produziert wird, ist jeder dem Staate arbeitspflichtig und muß jede Arbeit verrichten. Berufswahl und Freizügigkeit sind damit aufgehoben.«

Es ist uns klar, die sozialistische Gesellschaft wird eine gut geordnete Wirtschaftsweise sein. Jeder ist ein Glied des Ganzen und ordnet sich dem Ganzen unter. Natürlich wird es unmöglich sein, daß in der sozialistischen Gesellschaft jeder macht, was er will, heute so und morgen so. Das geht nicht. Ist aber die notwendige Arbeitsdisziplin abschreckend? Wie sieht es denn heute aus? Herrscht heute für die Masse der Bevölkerung freie Berufswahl und Freizügigkeit? Können sich heute die Menschen nach ihren Fähigkeiten und Neigungen betätigen? Das ist heute nur reichen Bummelern und Rentiersöhnen möglich.

Heute entscheiden die Bedürfnisse des Kapitals. Wo das Kapital Arbeitskräfte benötigt, dorthin erfolgt der Zuzug. Der Arbeiter kann meist nicht fragen, was er werden will. Es ist der Zufall, die Geburt, die den Menschen auf seinen Platz im Leben stellt. Wer in einer proletarischen Wiege geboren ist, dessen Schicksal ist bestimmt. Durch die Klassenzugehörigkeit wird die Zukunft des Menschen bestimmt zum Schaden der Gesellschaft.

Heute regiert der Hunger und der Zwang. Den großen Massen des Volkes gehört heute der Ertrag der Arbeit nicht. Wir sind uns bewußt: Heute leben wir in einem Zuchtstaatsstaate, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann und wir spotten der Gegner, die uns vor der sozialistischen Zukunft graulich machen wollen.

In der sozialistischen Gesellschaft ist das Staatsgebilde ein wesentlich anderes wie heute. Da ist Voraussetzung eine volle Demokratie des Staates. Gegen den Willen der Beteiligten können dann keine Anordnungen getroffen werden. Niemand wird sich dem Willen einer feindlichen Klasse fügen müssen, denn die Klassen existieren nicht mehr. Das heutige Zeitalter ist das Zeitalter der Militärbefehle und der Kapitalgewalt. Der Sozialismus wird uns freie Disziplin bringen, die wir in den Gewerkschaften, in der Partei, in der ganzen Arbeiterbewegung so oft erproben und die uns schon so Großes schaffen ließ. Engel brauchen dazu die Menschen wahrhaftig nicht zu sein.

Die soziale Arbeit im Volkstaate wird die Produktivität der Arbeit vermehren. Maschinelle Betriebe werden umgeändert, unter Zuhilfenahme der Technik wird die nötige Arbeit möglichst verringert werden. Mancher unsinnige Luxusartikel so manche unnütze Arbeit wird verschwinden. Der Gesamtertrag der Produktion wird gesteigert, die Arbeitslosigkeit hat ihr Ende gefunden und ebenso Not und Elend, denn der Gesamtertrag der Produktion kommt der Gesamtheit zu Gute. So wird die sozialistische Gesellschaft gestaltet sein.

Die Gegner sagen, wir verstecken bei den Wahlen unser Endziel. Das haben wir wahrlich nicht nötig. Im Gegenteil! Gerade in den Wahlkämpfen, die jetzt toben, ist es nötig, unsere großen Ziele zu vertreten und dafür Begeisterung unter den besitzlosen Massen, den Mühseligen und Beladenen von heute, zu erwecken.

Natürlich müssen wir im Wahlkampfe die gegenwärtigen politischen Probleme behandeln, freilich müssen wir den schönen Volksverrat durch die bürgerlichen Parteien enthüllen und brandmarken, aber ebenso eindringlich wollen wir verkünden die Ideen des volkerbefreienden Sozialismus. Leiden schaftlich und begeistert wollen wir verbreiten dieses Evangelium der Freiheit und Gerechtigkeit und das Heer unserer Streiter wird aufs neue anschwellen, wir werden marschieren: dem Siege entgegen.

R. D.

Wie erhöhe ich meine Invalidenrente?

Man kann über den Segen der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung, über ihre Wirkung und Begleiterscheinungen, und über die Hintergedanken der Gesetzgeber bei ihrer Einführung denken wie man will, das Gesetz besteht nun einmal und wir müssen uns mit ihm abfinden und ihm, trotz aller seiner Nücken und Tücken, den größtmöglichen Nutzen für die Versicherten abzugewinnen suchen. In dieser Hinsicht ist es noch gar nicht allgemein genug bekannt, wie viel es an den Versicherten selbst mit liegt, einen kleineren oder größeren Nutzen aus der Invalidenversicherung zu ziehen.

Die Höhe der gewährten Invaliden- und Altersrenten richtet sich, wie bei jeder Versicherung, nach der Leistung, in unserem Falle nach der Höhe und der Zahl der geleisteten Wochenbeiträge. Je mehr Beitragsmarken geklebt sind und je höheren Klassen die gezahlten Beiträge angehören, um so höher ist die Leistung der Versicherung, auf welche die versicherte Person Anspruch hat, und umgekehrt bewirkt eine geringere Leistung der Versicherten eine entsprechend geringere Rente. Wird dann der oder die Versicherte alt und arbeitsunfähig, so ist es den Betroffenen meistens durchaus nicht gleichgültig, ob die Monatsrente aus der Invalidenversicherung nur 11 Mark beträgt, oder aber vielleicht 35 Mark. Entsprechend der Höhe des Invaliden- und Altersrentenanspruchs gestaltet sich auch die Höhe der bei langandauernder Krankheit gewährten Krankenrente, die Höhe der unter Umständen zuickerstatteten Beiträge (welche Leistung aber vom 1. Januar 1912 an gänzlich wegfällt und bei der Verheiratung weiblicher Versicherte schon weggefallen ist) und nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung die Höhe der eventuell eintretenden anderen Leistungen, der Kinderrente, Witwenrente, Waisenrente und Waisenaussteuer.

Was die Versicherten zu tun haben, um möglichst hohe Leistungen von der Invaliden-, oder richtiger, wenn auch etwas euphemistisch ausgedrückt, »staatlichen Rentenversicherung« zu erlangen, das geht aus vorstehendem schon hervor, nämlich: möglichst viele und möglichst hohe Beiträge zu leisten.

Was die Zahl der Beiträge anbetrifft, so ist zunächst vor Erlangung einer Leistung eine bestimmte Mindestzahl von Beiträgen zu zahlen. Für jeden geleisteten Wochenbeitrag erhöht sich die Invalidenrente durch den sogenannten Steigerungssatz um 3 bis 12 Pfg. Bei der Altersrente kommt die höhere Beitragszahl ebenfalls zum Ausdruck. Für Versicherte mit unregelmäßiger, nur zeitweiliger Beschäftigung, Saisonarbeiter usw. besteht sogar die Gefahr, daß sie bis zu ihrem 70. Lebensjahre

die zur Erlangung der Altersrente notwendigen 1200 Wochenbeiträge nicht erreichen und somit um den Genuß der Altersrente kommen. Dieser Gefahr sind auch die freiwillig Versicherten oder Weiterversicherten ausgesetzt, die da alle zwei Jahre nur 40 oder 20 Beitragsmarken kleben, um sich einen Anspruch auf Invalidenrente zu sichern, dabei aber die Mindestzahl der Beiträge für die Altersrente nicht erreichen können. Wer als freiwillig Versicherte mit volldemem 16 Lebensjahre mit dem Kleben beginnt, müßte regelmäßig alle zwei Jahre mindestens 45 Beiträge entrichten, um mit 70 Jahren für die Altersrente bezugsberechtigt zu sein. Wer später mit dem Entrichten von Beiträgen begonnen hat, kann es sich leicht selbst nachrechnen, wieviel Marken er noch zu kleben hat, um rechtzeitig die 1200 voll zu haben.

Auch in bezug auf die Höhe der Invalidenrente sind Saisonarbeiter und Versicherte mit unregelmäßiger Beschäftigung im Nachteil. Ein Maurer z. B., der 40 Jahre hindurch in jedem Jahre zwölf Wochen außer Arbeit war, würde nach dieser Zeit 480 Marken weniger geklebt haben, als wenn er voll beschäftigt gewesen wäre. Angenommen, der Maurer wäre in Klasse V versichert gewesen, so würden die fehlenden Beiträge seine Invalidenrente um 480x12 = 57,60 Mk. jährlich verringern, seine Monatsrente würde statt 33,30 Mk. nur 28,50 Mk. betragen. Der Vorteil sieht nicht allzu groß aus. Wer aber im Alter keine sonstigen Einkünfte hat, bei dem spielt eine Mark mehr pro Woche eine große Rolle.

Dem angeführten Maurer, wie allen Saison- und ähnlichen Arbeitern wäre also dringend zu empfehlen, das Markenkleben für die Rentenversicherung nach Möglichkeit auch in der Zeit der Arbeitslosigkeit fortzusetzen. Im vorstehend angeführten Beispiele würde der Versicherte schon nach dreijährigem Rentenbezug (nach Durchführung der Beitragserhöhung, wo er statt 36 Pfg. 48 Pfg. wöchentlich entrichten müßte, nach vierjährigem Rentenbezug) seine sämtlichen freiwillig gesteuerten Beiträge zurückerstattet erhalten haben. Wer es daher von den Saisonarbeitern ermöglichen kann, der setze, wie bei der Krankenrente, so auch bei der Rentenversicherung in arbeitsloser Zeit das Entrichten der Beiträge fort.

Noch mehr als bei einem Bauarbeiter, fällt der Nutzen des freiwilligen Weiterklebens ins Gewicht bei Erwerbstätigen, die nur eine kurze Zeit des Jahres in versicherungspflichtiger Beschäftigung sind. Angenommen, eine Frau sei jährlich 20 Wochen als Konservarbeiterin beschäftigt. Nach 40 Jahren wird sie invalide und erhält dann, wenn sie 800 Marken der Klasse II geklebt hat, eine Jahresrente von 168 Mark. Würde die Frau während der übrigen 32 Wochen des Jahres freiwillig weitergeklebt haben (nach dem alten Beitragssatz jede Woche eine Marke zu 20, nach dem neuen zu 24 Pfg.), so erhielte sie eine jährliche Rente von 244,80 Mk. oder monatlich 20,40 Mk.

Es gibt noch eine weitere Möglichkeit für die Versicherten, ihre Renten zu erhöhen. Diese im allgemeinen recht wenig bekannte Gelegenheit besteht darin, sich in einer höheren Beitragsklasse zu versichern, als dem Jahreslohn entsprechen würde. Gegenwärtig bestehen folgende Klassen (die Beiträge sind die in der Reichsversicherungsordnung erhöhten, vom 1. Januar 1912 an gültigen):

Mit einem Jahreslohn		16 Pfg. Wochenbeitrag	
bis zu 350 Mk.	Lohnklasse I	16 Pfg.	Wochenbeitrag
von 350 bis 550 „	„ II	24 „	„
„ 550 bis 850 „	„ III	32 „	„
„ 850 bis 1150 „	„ VI	40 „	„
über 1150 „	„ V	48 „	„

Qualifizierte Arbeiter werden ja ohnehin meistens in der höchsten Lohnklasse versichert sein. Doch gibt es auch viele Versicherte, namentlich weibliche, oder nur zeitweise arbeitende, oder auf dem Lande wohnende, die Beitragsmarken der niedrigen Lohnklassen kleben. Diese Versicherten haben nach dem Gesetz das Recht, sich freiwillig in einer höheren Klasse zu versichern. Der Arbeitgeber dieser Versicherten hat zwar nicht die Verpflichtung, einen höheren Beitragszuschuß zu leisten als das Gesetz vorschreibt. Bei der Abneigung der Unternehmer gegen die »sozialen Lasten« werden sie es auch in den seltensten Fällen freiwillig tun. Die Differenz, um welche der Beitrag höher werden soll, hat vielmehr der Versicherte selbst zu tragen. Die Unternehmer sind jedoch verpflichtet, einem Verlangen der Versicherten, in eine höhere Beitragsklasse einzutreten, zu entsprechen und die gewünschten höheren Marken zu kleben.

Die Vorteile, welche den Versicherten aus einer höheren Beitragsleistung erwachsen, sind recht ansehnlich. Die Jahresrente beträgt z. B. in der Lohnklasse I nach einer Leistung von 500 Beitragswochen nur 125 Mk. und steigt in den folgenden Klassen auf 150, 170, 190, bis in der höchsten Klasse auf 210 Mk.

Die niedrigste erreichbare Invalidenrente beträgt nach 200 Beitragswochen 116 Mk. jährlich. Die Rente kann nach einer Beitragsleistung von 2500 Wochen auf 450 Mk. jährlich steigen. Entsprechend der Invalidenrente erhöhen sich auch die unter Umständen eintretenden anderen Leistungen der Rentenversicherung.

Hierbei sei besonders auf die neu eingeführte Kinderrente hingewiesen. Jeder Invalide erhält nach dem neuen Gesetz für jedes Kind unter 15

Jahren einen Zuschlag von 10 Prozent zu seiner Rente bis zur Höhe des anderthalbfachen Rentenbetrages. Ein Familienvater mit fünf Kindern, der invalid wird und Anspruch auf eine Rente von 200 Mk. hat, würde nunmehr mit der Kinderrente zusammen 300 Mk. jährlich erhalten.

Die Versicherten handeln daher klug, wenn sie, namentlich in jungen Jahren, sich einen Anspruch auf möglichst hohe Leistungen der reichsgesetzlichen Rentenversicherung erwerben. Wie es gemacht wird, ist in Vorstehendem angeführt: Möglichst viele und möglichst hohe Beiträge für die Versicherung entrichten. Wie man das macht, ist sehr einfach; man gehe auf das nächste Postamt, kaufe sich die gewünschten Versicherungsmarken und lege sie auf seine Karte ein.

Die Reichsversicherungsordnung bietet noch eine dritte Möglichkeit zur Erhöhung der Invalidenrente. Diese besteht in der freiwilligen Zusatzversicherung. Jeder Versicherte hat das Recht, Zusatzmarken im Werte von 1 Mk. in beliebiger Anzahl zu kleben. Bei eintretender Invalidität wird die Rente um 2 Pfg. erhöht für jede Zusatzmarke und für jedes Jahr, das vom Kleben der Zusatzmarke an bis zum Eintritt der Invalidität verstrichen ist. Um das einfachste Beispiel zu gebrauchen: Für eine Zusatzmarke für 1 Mk. würde sich nach 40 Jahren die Rente jährlich um 60 Pfg. erhöhen. Die Verwendung der Zusatzmarken erscheint nicht besonders vorteilhaft und wird voraussichtlich in der Arbeiterschaft wenig Anklang finden.

Wenn auch die Beitragserhöhung und verschiedene andere Verbösungen, die die Rentenversicherung infolge der Arbeiterfeindlichkeit der Reichstagsmehrheit erfahren hat, den Versicherten die Liebe für die Versicherungseinrichtungen zu vergällen geeignet sind, so wäre es doch unklug, vor den Vorteilen, die die Versicherung trotzdem noch bietet, die Augen zu verschließen. Es kann nie zum Schaden der Versicherten sein, wenn sie sich möglichst hohe Ansprüche an die Versicherung zu schaffen suchen. Und wer weiß — wenn die Arbeiterschaft mehr Einfluß auf die Regierung gewinnt —, wie bald es gelingen wird, in dem Gesetz und auch in der Rechtsprechung im Verfahren beim Durchsetzen der Ansprüche Verbesserungen zu erreichen, zum Vorteil der Versicherten.

R. Brenner.

Adressen - Aenderungen.

3. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftsstellen (siehe Graph. Presse Nr. 35, 42 und 50).
Glogau: I. Schies: Ernst Schwarz, Rauchwitz Nr. 68 bei Glogau I. Schies.
Höxter: I. Westf.: Herm. Meyer, Marktstr. 31.
Lüneburg: Th. O. to, Unt. d. Burg 23.
München: Lichtdr.: Fritz Peuckert, Nymphenburgerstr. 24 II.
 „ **Photogr.:** R. Hinterauer, Schmid v. Kocheistr. 9 d I.
 „ **Chemigr. und Kupferdr.:** Arbeitsnachweisverwalter Alois Mayer, Oefelestraße 10 I.
Remscheid, Rhld.: Raul Seedorf, Weststr. 16.

Allgemeines.

Tell für die

gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Mehr Unfallschutz!

Zum Jahresbericht der Papierverarbeitungs - Berufsgenossenschaft.

II.

Eine scharfe Kritik fordern auch die von der Berufsgenossenschaft festgestellten angeblichen Ursachen der Unfälle heraus. Von den 491 entschädigungspflichtigen Unfällen sollen entstanden sein durch die Schuld von Mitarbeitern des Unfallverletzten 15, durch die Gefährlichkeit des Betriebes an sich 5, durch mangelhafte Betriebseinrichtungen 4, durch ungenügende Anweisung 1, durch Fehlen von Schutzvorrichtungen 66, durch Nichtbeachtung gebotener Schutzmittel seitens der Arbeiter 14, durch Handeln wider erhaltene Anweisung 57, durch offenbaren Leichtsinns 5, durch Ungeschicklichkeiten und Unachtsamkeit der Arbeiter 144, durch Unkenntnis der Gefahr —, durch zusammenwirkende Ursachen 14 und durch Zufälligkeiten und nicht zu ermittelnde Ursachen 196 Unfälle. Nach dieser Aufstellung hätten sich also von den entschädigungspflichtig gewordenen Unfällen 71, das sind 14,4 Proz., durch bessere Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften durch die Unternehmer und 91 oder 18,6 Proz. durch bessere Beachtung der Vorschriften durch die Arbeiter vermeiden

lassen. 114 oder 23,2 Proz. sind der Ungeschicklichkeit und der Unachtsamkeit der Arbeiter zuzuschreiben und 215 oder 43,8 Proz. werden als schwer vermeidbar bezeichnet. Eine Einwirkung des Alkoholgenusses auf die Verletzten hat nicht festgestellt werden können. — Die hier seitens der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft gemachte Aufstellung krankt an einem Erbäbel: Sie ist so zusammengestellt, daß man an ihr sehr wohl Zweifel hegen kann. So ist es einfach kaum glaubhaft, daß nahezu die Hälfte aller entschädigungspflichtigen Unfälle aus nicht zu ermittelnden Ursachen und rund der vierte Teil durch Unachtsamkeit und Ungeschicklichkeit der Arbeiter selbst entstanden sein soll. Im direkten Gegensatz hierzu steht die bereits erwähnte Tatsache, daß von 550 im Berichtsjahre überhaupt besichtigten Betrieben 93 zum wiederholten Male revidiert worden sind und dabei eine geradezu skandalöse Verschlechterung in unfalltechnischer Beziehung registriert werden mußte. Es mutet sonderbar an, daß diese Verschlechterung auf die Unfallursachen von keinerlei Einfluß gewesen sein soll.

Diese Aufstellung aber steht auch im Widerspruch mit dem Stande der sonstigen Betriebs-einrichtungen der revidierten Betriebe. Eine Uebersicht bei der Besichtigung der 550 Betriebe ergab 4825 Anordnungen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren an Leben und Gesundheit. Diese Anordnungen beziehen sich auf 9473 Mängel. Aus der großen Spezialisierung sollen nur einige wenige Punkte hervorgehoben sein: Große Unordnung und Unsauberkeit; gefahrdrohende Ausnutzung aller oder nur einzelner Arbeitsräume; gefahrdrohende Aus- oder Engänge für die Arbeiter; unzulässige Ausnutzung von Gängen Treppen und Arbeitsplätzen zum ständigen Lagern von Gegenständen; schadhafte Fußböden; gefahrdrohender Zustand der Treppen; unzuverlässige oder nur notdürftig ausgeführte Schutzvorkehrungen; mit besonderer Gefahr verbundene Arbeitsmethoden, die sich ohne Belästigung oder wirtschaftlichen Nachteil durch andere gefahrlosere Arbeitsmethoden ersetzen lassen; ungenügende Abgrenzung der in den Arbeitsräumen selbst aufgestellten Kraftmaschine; mangelhafte oder gar keine Abschätzung solcher Antriebsriemen, die durch ihre Lage im Arbeitsraume Personen erfassen können; vorspringende Nasenkelle; fehlende oder ungenügende Abschätzung von Schwung- oder Zahnrädern usw. usw. Man kann die Sache nehmen wie man will: Eine solche Leporelloliste steht mit dem angeblich ermittelten Unfallursachen im krassen Gegensatz, was ja, da die Unfallverhütung und Unfalluntersuchung in eigener Regie der Unternehmer erfolgt, nicht weiter verwunderlich ist.

An Steindruck-, Lichtdruck-, Zinkdruck- und Kupferdruckschnell- und Handpressen wurden in 120 Betrieben 690 Mängel festgestellt, in 13 Betrieben an Steinschleifmaschinen 20, in 33 Betrieben an den Lackier-, Gummier- und Bronzermaschinen 84, in 33 Betrieben an Grundier-, Tapetendruck-, Pergamentier-, Bürst-, Klebe-, Trocken- und Aufrollmaschinen 434 Mängel. Um- oder herabfallende lithographische Steine führten in 17 Fällen einen Unfall herbei; Stürze von Leitern etc. erfolgten 3 beim Hantieren mit lithographischen Steinen; beim Auf- und Abladen, Heben und Tragen von lithographischen Steinen entstanden 181 Unfälle, darunter 17 entschädigungspflichtige. — An Steindruck-, Lichtdruck-, Zinkdruck- und Kupferdruckpressen entstanden insgesamt 148 Unfälle, davon 30 entschädigungspflichtige. Auf Schnellpressen allein entfielen davon 139, darunter 25 entschädigungspflichtige. Diese Unfälle entstanden durch den Druckzylinder (13 Fälle), durch den Greifer (20), durch Zahn-sangen beim Hineingreifen (21), durch Karren oder Feuchttisch (5), durch Farb- oder Feuchtwalzen (10), durch Karren oder sonstige Teile beim Heruntergreifen unter die Presse (7), durch Anstelen der Presse ohne Warnungsruf (5), durch Zahnräder beim Putzen während des Ganges (14), durch bewegte Teile des

Wasserwerkes (4), bei Einrichtungsarbeiten mit dem Stein (9), infolge anderweitiger Veranlassung (31). Auf Hand- und Trittbelpressen entfielen 42 Unfälle. Die Unfallquellen bestanden hier in den Kurbeln, Zahnrädern, Handhebeln, Tritthebeln, Karren und Seitengestell. Die übrigen 3 Unfälle entfielen auf sonstige Pressen für Steindruck. — Steinschleifmaschinen verursachten 7, Lackier-, Gummier- und Bronzermaschinen 52 Unfälle. Durch Maschinen für Buntpapier und Tapeten erfolgten 85 Verletzungen, durch Grundier-, Farb- und Strechmaschinen 14, durch Tapetendruckmaschinen 34, durch Bürstmaschinen 16 und durch Farbmischmaschinen 3.

Aus der großen Fülle des vorliegenden Materials gaben wir selbstverständlich nur das, was unsere Kollegen in erster Linie interessiert. Es ist ein überaus dunkles Kapitel, was wir damit berühren mußten. Die Ausführungen zeigen, daß wir von einem wirklichen Arbeiterschutz noch recht weit entfernt sind. Das wird sich auch so bald nicht ändern, zu Mindesten so lange nicht, als die Instanz, die für eine wirksame Unfallverhütung sorgen sollte, ihre Hauptaufgabe in einer Rentenquetscherei erblickt. Die Einführung und Ueberwachung von Maßnahmen zur Unfallverhütung, die mit der Bevorzugung der maschinellen Arbeit gleichen Schritt halten muß, muß in andere Bahnen mit anderen Motiven gelenkt werden, ehe von einem wirklichen Unfallschutz gesprochen werden kann. An ihr müssen die Arbeiter, die Objekte der Unfallverhütung, mit einem ganz wesentlichen Rechte teilnehmen. Sie sind es ja, die ihre gesunden Knochen zu Markte tragen müssen, sie wollen darum auch, daß sie ein gewichtiges Wort bei dieser Materie mit zu reden haben. Die heutige Unfallverhütung, wie sie im Schoße der Berufsgenossenschaften gepflegt wird, hat in ihrer 26jährigen Existenz ein absolutes Fiasko erlitten. Und wenn im Vorjahre der Staatssekretär Dr. Delbrück das Jubiläum der Unfallversicherung in rabulistischen Reden feierte und den Jubiläumstag nicht nur als Ehrentag der Versicherungsträger und der Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten, sondern auch der sozialpolitischen Gesetzgebung überhaupt pries, dann mag er damit das ausgesprochen haben, was man sich in seinen Kreisen über die Bedeutung der Unfallversicherung einbildet; die Arbeiter, die unter dieser Versicherung zu leiden haben, schätzen deren Bedeutung um ein gut Teil niedriger ein. Nach alledem die Berufsgenossenschaft als einen »Segen für die heutige Generation« anzupreisen, wie es ein Fachblatt der Papierindustrie glaubte tun zu müssen, das ist ein Unterfangen, das nur in den Köpfen Weltfremder entstehen konnte. »Ein Segen wurden die Berufsgenossenschaften mit ihren Vorschriften und ihren kontrollierenden an Erfahrung reichen Beamten.« So schrieb das Blatt, nicht bedenkend, daß Vorschriften allein keine Besserung bringen, wie unsere Ausführungen zweifelsfrei nachwiesen. Was wir wollen, das ist ein wirklicher Arbeiterschutz, ein Unfallschutz, dessen humanitäre Wirkung auch von uns, den Objekten der Schutzvorkehrungen, anerkannt werden kann.

Is.

» Deutsches Steindruckgewerbe. «

Der Schutzverband sorgt für Unterhaltung und Kurzweil, damit den Streikenden und Ausgesperrten die Zeit nicht lang wird. Zu diesem menschenfreundlichen Zwecke versteht er sie ständig mit Witzblattektüre, indem er ihnen seinen *Kladderadatsch für unfreiwillige Komik und Galgenhumor*, »Deutsches Steindruckgewerbe« benamset, regelmäßig gratis und franko zugehen läßt. Dadurch gibt er den streikenden und ausgesperrten Geblieben Gelegenheit, sich an den grotesken Hirnverrenkungen, possierlichen Spiegelfechtereien und sonstigen Kunststücken und Späßen des schutzverbändlerischen Klopflechers zu ergötzen, der in dem Blatte gegen gute Bezahlung sein beständiges und erheiterndes Handwerk treibt. Daß unsere im Kampfe stehenden Kollegen diese freundliche Fürsorge des Schutzverbandes für ihre Lachmuskeln und Zwerchfelle auch zu würdigen wissen,

beweisen eine ganze Reihe von Zuschritten, die uns von Streikenden und Ausgesperrten aus verschiedenen Orten zugegangen sind. Einigen dieser Einsendungen wollen wir in den Spalten unserer Zeitung Raum gewähren, um auf diesem Wege den Schutzveränderern und ihrem Witzblattredakteur zu zeigen, daß ihre lebenswürdigen Bemühungen um die Erheiterung der kämpfenden Gehilfenschaft nicht ungedankt geblieben sind.

Die Redaktion der Graph. Presse.

Es ist Sonntagmorgen. Ein sanfter Schlaf ruht noch wohlthuend über den Ausgesperrten. Ein plötzliches Erwachen! Was ist das? Es wurde geklingelt. Man überlegt hin und her: ja oder nein. Endlich, es muß sein! Schnell zur Tür. Ein Schreck — Staatsuniform! Rege Tätigkeit des Gehirns. Endlich Beruhigung — der Postbote.

Eine Zeitung, welche Überraschung! Aha, das Deutsche Steindruckgewerbe! Was für ein künstlerisches Arrangement auf der Vorderseite! Nun ja:

Nur durch das Morgenrot des Schönen dringst du in der Erkenntnis Land.

Flüchtiges Durchblättern: Arbeiterversicherung durch die Chef; welche Perspektive! Weiter: Verlängerung der Arbeitszeit im Interesse der Arbeiterfamilie und zur Bekämpfung des Alkohols. Doch halt — hier die Peile: die Vergewaltigung der Gehilfenschaft durch den böswilligen Hauptvorstand; blutiger Terrorismus; Ausbeutung der großen Masse im Interesse einzelner Hetzer; tiefbedauerliche Unfähigkeit der verbündeten Gehilfenschaft, diese Politik zu durchschauen! Aber endlich ein Lichtblick: die charakterfesten, gebildeten Arbeitswilligen! Ein kleines Häufchen, doch welche Aussichten für die Zukunft!

Wieviel Gehirnschmalz ist hier verschwendet worden; selbst Widersprüche werden nicht gescheut, um die verführten Arbeiter aufzuklären. Und erst die lieben Prinzipale! Unelgenmäßig, in kindlicher Unschuld, weißgewaschen präsentieren sie sich.

Leider werden diese geistigen Erzeugnisse vergeblich unter die Kollegen verteilt werden. Durch böse Erfahrungen gewarnt, können sie unmöglich alles für bare Münze nehmen. Und wohl jeder Gehilfe, den man mit diesem Produkt beglückt, wird unwillkürlich an das Dichterwort denken:

Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

E. P., H.

II.

Die Extra-Ausgabe Nr. 22a des Deutschen Steindruckwerbes ist als Massenaufgabe an die ausgesperrten und streikenden Kollegen verteilt worden, indem größere Posten, zum Teil durch Boten, in unsere Streiklokale gesandt wurden. So weit der Vorrat reichte, sind die Bätter durch die Streikleitungen unseren Kollegen übergeben worden, da keine Veranlassung vorlag, sie den Streikenden und Ausgesperrten vorzulassen. Diese Maßnahmen der ausgesperrten Unternehmer werden ihre Wirkungen bei den im Kampfe befindlichen Kollegen nicht verfehlen, allerdings in einem anderen Sinne, als die Schutzverbändler wünschen.

Daß diese Herren alle Mienen springen lassen, ist erklärlich. So lange ihre Betriebe stilllegen, werden die Inhaber zwar nicht Hunger leiden, aber ihr behagliches Leben können sie nur weiterführen, wenn sie ihr Kapital angreifen. Das ist aber das schrecklichste, was einem Unternehmer passieren kann. Der Kapitalist hat kein Interesse an irgend einem Erwerbszweige, wenn er ihm nicht neben einem behaglichen Leben auch eine Kapitalvermehrung ermöglicht. Wie oft können wir beobachten, daß ein Steindruckbetrieb mit 4 Maschinen und den dazu nötigen Nebeneinrichtungen zwei und noch mehr Geschäftsinhaber nicht nur anständig ernährt, sondern noch so viel abwirft, daß er ständig vergrößert werden kann. Wenn ein Geldverleiher sein Kapital gegen Wucherzinsen arbeiten läßt, so kann er laut Gesetz bestraft werden. Wir haben aber noch niemals gehört, daß ein Unternehmer bestraft worden ist, auch wenn er, wie beobachtet werden kann, 100 Proz. und darüber aus den Knochen der Arbeiter herauszuschinden versteht.

In dem Schutzverbandsblatt ist des öfteren von der Sozialdemokratie die Rede. Dieses Wörtchen Sozialdemokratie mögen sich unsere Kollegen und alle Arbeiter recht gut merken, wenn sie am 12. Januar mit dem Stimmzettel an die Wahlen treten. Sie mögen bedenken, daß nur die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die darauf hinarbeitet, daß die wucherische Ausbeutung der Arbeiterschaft einmal ein Ende hat.

Das Unternehmertum glaubt, durch seine Machination die kämpfenden Kollegen zu beunruhigen. Das gelingt ihm aber nicht! Unsere Kollegen wissen recht gut, aus welcher Werkstatt die schutverbändlerischen Geistesprodukte kommen folglich werden sie entsprechend eingeschätzt.

Es wollte auch dem satien Unternehmertum und seinen gut besoldeten Beamten, die sicher nicht mit unseren Angestellten tauschen würden, schwer fallen, der darbdenden Arbeiterschaft zu beweisen, daß

das Gefühl des Hungers nur ein Ausdruck des Wohlbehagens sei. Wir Arbeiter haben uns an die größten Entbehrungen gewöhnen müssen; wir sind in der Lage, länger im Kampfe auszuhalten als das vom Kapital zehrende Unternehmertum, dessen Kapital aus den Knochen der Ausgebeuteten gewonnen und aufgehäuft wurde.

Jedenfalls ist es für uns besser, Hunger zu leiden und nicht zu arbeiten, als zu arbeiten und dennoch Not zu leiden. Das Unternehmertum kann es nicht abstreiten, daß sein Bestreben dahin geht, trotz aufsteigender Lebensmittelpreise usw. ein ständiges Herabdrücken der Löhne herbeizuführen. Ich könnte viele Fälle anführen, wo vor nicht zu langer Zeit Kollegen pro Woche noch 40 Mark und mehr verdienten, die es jetzt noch als annehmbar betrachten würden, unter den heutigen Verhältnissen einen Lohn von 36 Mark pro Woche zu erhalten. Es kommt hinzu, daß sie noch im besten Alter sind und sich bei besten Kräften befinden.

Vereinzelt kommt es vor, daß ein Unternehmer noch Schamgefühl empfindet und dem verheirateten Arbeiter zu versichern gibt, daß mit dem unzulänglichen Lohn eine Familie nicht zu erhalten ist. Da ein jüngerer Kollege diesen Posten ausfüllen kann, wird dieser bevorzugt und der ältere und verheiratete wird aus reinem unternehmerlichen Schamgefühl auf die Straße gesetzt.

So lange dieser schrankenlosen Ausbeutung nicht durch Gesetze ein Riegel vorgeschoben wird, so lange wird sich das Unternehmertum rücksichtslos zu bereichern suchen. Dasselbe Unternehmertum will es aber uns Arbeitern verargen, wenn wir unser möglichstes daran setzen, daß unser Lohn mit der Steigerung der Preise für die Lebensmittel und Gebrauchsmittel annähernd Schritt hält. Diese Unternehmer wollen uns daran hindern, daß bei der immer intensiver werdenden Ausnützung der Arbeitskraft eine minimale Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt wird.

Je mehr sich die kämpfenden Kollegen der Nowendigkeit unseres Kampfes bewußt sind, desto leichter werden sie alle Unannehmlichkeiten ertragen! Durch Kampf zum Sieg! H. K., B.

III.

Mancher alte Kollege wird sich über den festen Zusammenhalt der Lithographen und Steindruckler wundern und freuen, wie ihn die jetzige Bewegung zelt.

Blicken wir zehn Jahre zurück, wo so mancher alte Veteran bald verzweifelte, daß die Herren-Kollegen nie zur Einsicht kommen wollten, so wird jeder mit Oenungung feststellen müssen, daß die Erkenntnis der Klassenlage in den Kreisen unserer Kollegen gewaltige Fortschritte gemacht hat.

Die Verschmelzung von 1905 und das Aussparungsjahr 1906 haben uns ein schönes Stück vorwärts gebracht, so daß viele mit Vertrauen in die Zukunft sahen. Nur fehlte der alten klassenbewußten Garde immer noch das Vertrauen zu der Masse der Berufsgenossen, um endlich einmal für einen Kampf einzutreten, der uns mit unseren Kollegen in anderen Ländern auf eine Stufe bringt. Auch hatten wir schlechte wirtschaftliche Verhältnisse.

Seit 1906 haben wir viele große und kleine Plänkelen im Berufe erlebt, und dem genauen Beobachter konnte es nicht entgehen, daß meistens die Behandlung der Gehilfen durch die Unternehmer und ihre Subjekte sowie die Antreiberei die Tiefbedauern waren.

Trotzdem der Hauptvorstand und die Gauleiter des öfteren als Bremser vertrieben wurden, haben sie den erbitterten Kollegen, die sich gegen diese Zustände anhäumten, immer wieder ein Halt-zugeworfen, weil die Sachlage einer gründlichen Abrechnung nicht günstig war. Doch das allgemeine Drängen nach menschenwürdigen Verhältnissen ließ sich nicht mehr zurückhalten. Die gemüßliche Behandlung wegen geringfügiger, in unserem schweren Berufe nur zu leicht vorkommender Fehler, die jeden erhliebenden Menschen zur Raserel bringen konnte, hätte er seiner Familie zu Liebe nicht die Zähne zusammengebissen, haben die Frucht zur Reife gebracht und uns zusammengeführt.

Dieser menschenunwürdigen Behandlung und Antreiberer soll ein Ende gemacht werden. Dieser Wunsch ist der Hauptgrund für die einmütige und entschlossene Führung des Komplexes durch die Kollegen. Denn was materiell gefordert wird, haben viele Kollegen schon erreicht und übertroffen.

Manche unserer Unternehmer und ihre Herren-Vertreter, die jetzt selbst Hand anlegen müssen, haben nun Gelegenheit, über die Kosennamen »Stämpers«, »Brummosch« usw. nachzudenken, mit denen sie früher alte und erlahrene Gehilfen bedachten. Oder geht jetzt alles am Schnürchen?

Selbst die größten Optimisten im Verbands hätten einen derartigen Zusammenhalt nicht erwartet. Wir können mit Vertrauen in die Zukunft blicken und unseren Unternehmern vom Schutzverbände Dank und abermals Dank zurufen für das, was keine Million »Hetzer« fertig gebracht hätte. B. L., L.

IV.

Welchen Kollegen wird es nicht schon auffallen sein, daß die jetzige Oemütstimmung der meisten ausgesperrten Gehilfen bedeutend besser

ist als zur Zeit ihrer Berufstätigkeit. Wer bedenkt, welchen Schikanen jeder Arbeiter im Beruf von selten der Chef, Ober und Vize ausgesetzt ist, dem ist dies Aufflackern der Lebensgeister erklärlich.

Gehört man nun noch, gleich mir, zu den Ausgewählten, denen das Unternehmerrfachblatt »Deutsches Steindruckgewerbe« zugestellt wird, so ist eine gewisse Behaglichkeit nach und nach unabwendbar.

Die Eindrücke, die diese Zeitschrift bei mir hervorrief, waren verschiedener Natur. Zuerst war ich verwundert, denn mit diesen gelstigen Erzeugnissen Streikbrecher zu angeln schien mir doch zu plump. Dann ärgerte ich mich, denn es gehört eine tüchtige Portion Unverfrorenheit dazu, die Verbandsmitglieder als willenlose und »verführte« Objekte des Hauptvorstandes hinzustellen. Zuletzt betrachtete ich die Sache von der humoristischen Seite; und siehe da, als so eine Art »Druckbarber«-Beilage machte sich das Ding nicht fehl. Von dieser Zeit an — wer will es mir verargen? — kann ich gar nicht mehr die Zeit erwarten, ein neues Exemplar zu erhalten.

Den größten Galgenhumor finde ich immer in dem fortwährend wiederholten felsenfesten Versprechen der Unternehmer, die lieben Arbeitswilligen auf jeden Fall und sogar dauernd zu behalten. Während, nicht wahr? Aber mancher böse Verbändler wird wahrscheinlich darüber lächeln. »Unternehmerversprechen! Kapitalistenmoral!«

Judas bekam, als er seinen Herrn verriet, 30 Silberlinge. Das war nicht viel! Armer Judas! Aber hättest du einen modernen Profittjäger als Konkurrenten gehabt, er hätte dir noch böses den Preis gedrückt.

Die ahnungslosen Arbeitswilligen, wie werden sie einst die Augen aufmachen. Oerlinge Fachkenntnis, hoher Lohn, dauernde Stellung! Wie mancher Unternehmer mag da schon Alptrücken bekommen haben, als er an sein Versprechen dachte; und er gab es doch nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe!

Doch halt! Ein Ausweg. Wie wär's, wenn man die unbrauchbaren Rausreißer zu Oern und Vize avancieren ließe? Was ihnen an Berufstüchtigkeit abgeht, dürfte vielleicht durch die moralische Qualität ausgeglichen werden. Die Uebrigen könnten ja immerhin noch zu leichteren Arbeiten verwendet werden; wegen ihrer Gesinnungstreue lohnte es sich schon, Rücksicht zu üben. Jedenfalls könnten sie durch vertrauliche Mitteilungen über ihre Arbeitskollegen von Nutzen sein.

Nun zurück zum »Deutschen Steindruckgewerbe«. Die lustigen Kapriolen und Parzelbüsse, die im Stil geschlagen werden, sind gar nicht übel. Nur finde ich, daß man die »Erfolge« des Schutzverbandes zu unauffällig erwähnt. Sie ließen sich noch bedeutend besser ausbeuten. Ich gestatte mir einige Vorschläge. Am Anfang der ersten Spalte müßte z. B. zu lesen sein:

»Ueber einen neuen Erfolg unserer Sache können wir berichten. Die Firma x in y hat letzten Zahntag ihr gesamtes Personal gekündigt und sich der Bewegung angeschlossen. Man sieht immer mehr, daß selbst Firmen ...«

In die Mitte der Spalte könnte derselbe Fall folgendermaßen untergebracht werden:

... es ist daher erklärlich, daß sich bisher indifferente Chefs nach und nach bewußt werden, wo sie am besten ihre Interessen vertreten finden. So hat sich auch jetzt eine größere Firma in einem unserer bekanntesten Druckorte mit dem Schutzverband solidarisch erklärt und sämtliche organisierten Gehilfen gekündigt. Dies ist um so erfreulicher ...«

Das Ende der Spalte dürfte lauten:

»Es ist nicht abzuleugnen, daß das hetzerische Oebahren der »Graph. Presse« nur befruchtend für unsere Sache wirkt. So können wir denn auch wieder einen Erfolg verzeichnen. In x hat ein Geschäft, das unserem Verbands fernstand, zu unseren Gunsten in den Kampf eingegriffen. Hoffentlich werden derartige Fälle den verbündeten Gehilfen ... u. s. f.«

Rechnet man, daß sich so ein und derselbe Fall leicht auf jeder Seite unauffällig 4 mal erwähnen läßt, so erhält man bei nur 6 Druckseiten schon 24 Firmen. Rechnet man weiter die Firma mit 10 Gehilfen, so macht dies schon 240 Ausgesperrte. Schließlich könnte durch derartige Rechenexempel mancher wankende Prinzipal zur Unerschütterlichkeit zurückgewonnen werden!

Doch nun Scherz beseite! Im »Deutschen Steindruckgewerbe« regt man sich auf über die »gemeine Art«, mit welcher die Gehilfen den Kampf führen. Nach der Lektüre dieses Blattes finde ich, sind die Gehilfen noch viel zu nobel.

Ein Staatsmann, der von der Partei, der hauptsächlich unsere Arbeiter angehören, verberichtet wurde, tat den Ausspruch: »Es kommt nicht darauf an, wo man den Gegner besiegt, sondern daß man ihn besiegt.« Gegen Leute mit derartigen Ansichten müßte nur die gleiche Kampfregel. Wenn weder eigene Vernunft noch staatliche Gesetze es vermag, die Habgier des Unternehmertums einzuschränken, so müssen die Arbeiter schon selbst versuchen, mit allen Mitteln eine Grenze zu schaffen.

A. U., A.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.

Redigiert von Fr. Schaeffer, Hannover.

Die Bedeutung einer Neuerung in der Technik der Schrift-Lithographie.

III.

Das Lithographieren von Schriften ist auch eine reine zeichnerische Tätigkeit. Es wird sich daher wohl kaum jemals ein Lithograph ernstlich mit dem Gedanken befaßt haben, daß in der Schriftgravierung seine geschickte Hand durch die Anwendung der Mechanik einmal unnötig werden könnte.

Vor Jahresfrist erschien in einem Fachblatte die Anzeige, daß die Erlaubnis zur Ausübung eines neuen, patentierten Verfahrens zur Gravierung von englischer Schreibschrift und allen anderen Schriftarten zum Gebrauche für Visitenkarten, Familien-drucksachen, Handelsblanketten usw. erworben werden könnte. Die Gravierung erfolge nicht mit der Hand, sondern mechanisch.

In Fachkreisen wird man nicht viel auf diese Nachricht gegeben haben. Sie hatte aber doch eine größere Bedeutung, als man vielleicht in allgemeinen glaubte. Die Firma Huhn & Sohn in Hamburg, von der jene Anzeige ausging, ist jetzt mit Erläuterungen dieses von ihr damals angekündigten neuen Gravierverfahrens an Interessenten herangeraten. Danach handelt es sich also bei dieser Erfindung um die Gravierung von Schriften jeder Art unter der Verwendung von Modellen und eines Schriftpantographen. Für jede Schriftart werde nur ein Satz Modelle gebraucht, mit dem die beliebigen Größenabstufungen in der Schrift erreicht werden könnten.

Die Gravierung von Schriften und Zeichnungen in verkleinertem Maßstabe von größeren Originalschablonen auf dem Pantographen ist nicht neu. Neu an dem jetzt erfundenen mechanischen Schriftgravierverfahren erscheint uns nur das, daß man von jeder Schriftart einen Satz beweglicher Buchstabenschablonen geschaffen hat, mit dem man jeden beliebigen Text bilden kann. Das wäre allerdings eine Neuheit von großer Bedeutung!

Wie die Firma Huhn & Sohn in Hamburg mittelt, sollen mit den Modellen stehende Schriften auf dem Pantographen fix und fertig graviert werden können. Die Schreibschriften dagegen würden mit dem Pantographen nur vorgezogen. Das Ausschaben der Grundstriche dieser Schriften könne mit dem Pantographen zwar auch gemacht werden, es geschehe aber vorteilhafter mit der Hand. Als Gravurplatte könne eine Kupfer- oder Stahlplatte ebenso gut verwendet werden wie der Lithographiestein. Das ist nicht zu bezweifeln, denn auf dem Pantographen arbeitet man am besten mit dem stumpf geschliffenen Diamanten auf Aetzgrund.

Die Hauptvorteile dieses neuen Gravierverfahrens sollen in der bedeutenden Ersparnis von Arbeitskosten liegen. Nach einer Berechnungstabelle sollen die Kosten der mechanischen Schriftgravur nicht halb so hoch sein als die der Handgravur. Bei den stehenden Schriften mag diese Angabe über die Arbeitskostensparnis vielleicht zutreffen, bei der englischen Schreibschrift glauben wir dies aber nicht, und zwar schon deshalb nicht, weil hier nur das Vorreißen und nicht auch das Ausschaben mechanisch geschieht. Ins Gewicht fällt dabei noch, daß der Satz Modelle in der Schreibschrift einen annähernd dreimal so hohen Preis haben soll, wie solcher in der stehenden Schrift kostet. Die Kostentilgung der Graviereinrichtung muß bei dieser Aufrechnung doch auch mit berücksichtigt werden.

Diese Neuerung in der Schriftgravur soll weiter noch einen Vorteil darin bieten, daß bei der Herstellung der kleinsten Schriftgrade im mechanischen Verfahren eine größere Vollkommenheit erreicht werde als in der Handgravur. Diese Behauptung kann man auch nicht allgemein gelten lassen, sie trifft nur auf einzelne Schriftarten zu. Wir wollen im übrigen aber nicht verkennen, daß die uns vorliegenden Originalabzüge von verschiedenen Schriften, die in diesem mechanischen Verfahren graviert worden sind, wirklich eine hohe Vollkommenheit aufweisen. Die Mängel, die sich bei einzelnen Schriften in der Form und der Schärfe zeigen, mögen nicht ihre Ursache in einer Unvollkommenheit des Verfahrens selbst haben, sondern in der schlechten Ausführung der Schriftmodelle. Die größte Vollkommenheit zeigen die verschiedenen Schriften in Stahlstichmanier und die gotischen

Schriften. Am wenigsten gefallen uns die sogenannten Balken- oder Blockschriften und die Schreibschriften. Geübte Schriftlithographen schaffen in diesen Fächern mit der Hand größere Vollkommenheiten, schönere, elegantere Formen und größere Schärfe. Wir meinen auch, daß zudem ein geschickter Lithograph englische Schreibschriften mit der Hand ebenso schnell gravieren kann, wie dies durch das mechanische Verfahren möglich ist.

Obwohl sich dieses mechanische Gravierverfahren für viele Zwecke sehr gut eignet, befürchten wir nicht, daß durch diese Erfindung der Lithograph wirtschaftlich benachteiligt werden könnte. Eine Verringerung des Bedarfes seiner Arbeitskraft wird die Einführung dieses mechanischen Gravierverfahrens nicht nach sich ziehen. In mancher Beziehung mag diese Erfindung sogar eine wesentliche Erleichterung für den Lithographen bedeuten. Die Ausarbeitung längerer Texte in kleiner stehender Schrift hat noch nie zu den Annehmlichkeiten eines Lithographen gehört, weshalb man auch in vielen Anstalten dazu übergegangen ist, derartige Schriften für lithographische Drucksachen durch Umdruck von Letternsatz zu erzeugen. Durch diese Erfindung wird dieser Ausweg jetzt überflüssig. Mit dem mechanischen Gravierverfahren wird man nun ebenso schnell zum Ziele kommen und viel bessere Ergebnisse schaffen. Was der Lithograph also auf der einen Seite durch die Erfindung verliert, kann er, da ja zur Herstellung der mechanischen Gravur auch seine Arbeitskraft gebraucht wird, auf der andern Seite wieder gewinnen.

Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß uns die Vorteile, die diese Erfindung dem Unternehmer bietet, nicht so groß erscheinen, daß sich ihre Anwendung in vielen Anstalten bald vollziehen könnte. Wir sind überzeugt, daß sich diese Erfindung nur sehr langsam durchsetzen wird. Die Erwerbung einer Einrichtung für mechanisches Gravierverfahren ist doch immerhin sehr teuer. Jeder einzelne Satz Modelle soll allein schon etwa 150 bis 300 Mk. bei stehenden Schriften und etwa 700 bis 800 Mk. bei englischen Schreibschriften kosten. Der Pantograph soll sich auf 1200 Mk. stellen. Nur die kapitalkräftigen Unternehmer werden solche Beträge aufwenden können.

Im übrigen wird ja auch unser Verband dafür sorgen, daß diese Erfindung nicht zu einer Entwertung der Arbeitskraft des Lithographen ausgenutzt werden kann.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker

Formale Rechte!

Seit Wochen führen die Chemigraphen der Firma Girardet in Essen ein stummes Ringen um ihre Prinzipaltreue innerhalb der Tarifgemeinschaft. Trotzdem in den Bestimmungen des Tarifes der Kontrolluhr-Gedanke in dem Sinne moralisch festgelegt ist, daß Kontrollsysteme, die vor Inkrafttreten des Tarifes bestanden, unbehindert bleiben, Neuführungen aber unstatthaft sind, sah sich die Firma Girardet doch veranlaßt, die am 19. Oktober in Betrieb gesetzte Stechuhr ihren Chemigraphen aufzuzwingen. Daß die Unterwerfung unter ein mechanisches Kontrollsystem außer der Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses auch noch eine tarifwidrige Arbeitszeitverlängerung im Gefolge hat, wird jeder, der die Ausübung der Kontrolle kennt, bestätigen.

Die Gründe, die die Firma Girardet zur besseren Verdauung ihrer Maßnahme anführte — als da sind: erleichterte Lohnrechnungen, bessere Kontrolle der Nachschichten, die doch nur für das Buchdruckpersonal in Frage kommen usw. — sind doch so billig, daß man damit nur Denkfäule ködern kann. Der einzige stichhaltige Grund läge höchstens vor, wenn die Chemigraphen unpünktlich gewesen wären. Aber diesen Punkt widerlegte die Firma selbst, indem sie wiederholt betonte, daß sie sich über Pünktlichkeit, Arbeitsleistung und Betragen der Chemigraphen nur lobend aussprechen könne. Also Vernunftgründe hat man nicht, um diese Gewaltmaßnahme unter der Flagge der »Tariftreue« einzuschmuggeln.

Die Kollegen gaben denn auch der Geschäftsleitung die höfliche aber bestimmte Antwort, nicht gewillt zu sein, sich durch die Kontrolluhr das Arbeitsverhältnis verschlechtern zu lassen; sie baten um die Befreiung vom Stechen der Kontrolluhr im Interesse des friedlichen Einvernehmens. Letzteres lag nun aber nicht im Sinne der Firma, denn ihre Antwort, daß nur nach der Lohnliste der »Kontrolluhr« das Gehalt auszubehalten werde, zeigte doch deutlich, daß sie an eine friedliche Lösung dieser Frage nicht dachte. Da kam schon das zum Ausdruck, was bisher immer noch in der Firma Usus war: Wer sich nicht fügt, der illeg! Daß bei

diesem Herrn-im-Hause-Standpunkt das moralische Recht der Gleichachtung zu kurz kommt, steht fest.

Schließlich beschuldigte die Firma, da ihr offenbar die friedlichen Verhandlungen durch den Kreisvertreter langweilig wurden, die Gehilfen, daß sie die Kontrolluhr-Angelegenheit verschleppen wollten. Durch diese Beschuldigung sahen sich die Gehilfen gezwungen, Klage beim Schiedsgericht einzureichen. Ueber den Antrag der Gehilfen: »Das Schiedsgericht möge vermittelnd eingreifen, damit für die Chemigraphen die angekündigte Kontrolle von der Firma Girardet unterbleibe,« verhandelte denn auch das Schiedsgericht in Düsseldorf am 17. Oktober. Das mit Stimmengleichheit — die Prinzipalvertreter stimmten dafür, die Gehilfenvertreter dagegen — gefaßte Urteil lautete:

»Das Schiedsgericht kommt zu der Ansicht, daß sich aus den Bestimmungen der Tarifgemeinschaft gegen die beabsichtigte Kontrolluhr kein Anhaltspunkt dafür ergibt, das Vorgehen der Firma W. Girardet in Essen als unzulässig zu erklären und somit dieseibe formell im Recht ist. Das Schiedsgericht gibt jedoch in seiner Gesamtheit die Erklärung ab, daß eine mechanische Kontrolle in chemigraphischen Anstalten bisher nur bei der Firma Schelter & Oesecke Leipzig besteht, dahingegen in anderen großen Betrieben mit gemischtem Personal, wie Ruhfus Dortmund, C. L. Krüger ebendasselbe, die Chemigraphen vom Stechen der Kontrolluhr befreit sind und stellt das Ersuchen an die Firma Girardet, des guten Einvernehmens wegen mit ihren Chemigraphen nochmals in Erwägung ziehen zu wollen, ob es sich nicht ermöglichen läßt, den Wünschen derselben nachzukommen.«

Soweit das Protokoll der Schiedsgerichtssitzung. Das Schiedsgericht ist also der Ansicht, daß die Firma Girardet »formell« im Recht ist, die Kontrolluhr auch für Chemigraphen einzuführen, kann aber keinen Punkt aus den Tarifbestimmungen angehen, in dem dieses »formale Recht« enthalten ist. Wenn nun jede Firma innerhalb der Tarifperiode mit dem Anspruch auf irgendein »formales Recht« angedrückt käme, so würde doch bald die Tarifgemeinschaft illusorisch werden. Es kann nicht angehen, daß während der Tarifdauer irgendeine Firma mit Einführungen kommt, die außer dem tariflichen Frieden noch das freie Arbeitsverhältnis in einschneidender Weise verletzen. Ein Tarifvertrag ist nur dann wertvoll, wenn er von beiden Seiten in allen Punkten respektiert wird. Die Kontrolluhrfrage kann nur bei der kommenden Tarifrevision endgültig geregelt werden und bis dahin hat jede gewaltsame Durchführung zu ruhen.

Solche Extravaganzen sind also auch für die tariffreie Firma Girardet nicht statthaft, trotz ihres »formalen Rechts«.

Diese Auffassung hatten auch die Düsseldorfer Schiedsrichter, denn die einstimmig gefaßte Erklärung« enthielt diese Gedanken voll und ganz. Jede andere »tariftreue Firma« hätte wohl auch dieser deutlichen Erklärung Gehör gegeben, nicht so die Firma Girardet. Noch nicht im Besitze des schriftlichen Schiedsurteils hat die Firma sofort jeden Gehilfen, der von der Kontrollkarte keinen Gebrauch machen wollte, gekündigt. Daß mit der Kündigung alle Gehilfen bedacht wurden, ist ein Zeichen des guten gewerkschaftlichen Geistes, der immer mehr unter unsern Kollegen die Oberhand gewinnt. Die Entlassung der Chemigraphen noch vor Ablauf der Kündigung zeigt wohl auch klar und deutlich, wie die Firma die ganze Angelegenheit als »Machfrage« betrachtet.

Bis jetzt hat sich noch kein Chemigraph gefunden, der unter dieser Strafanwaltschafts-Kontrolle arbeiten möchte. Man kann es ja auch keinem Kollegen zumuten, sich seine Arbeiterrechte, die sauer erkämpft sind, durch solche Chikanen beschneiden zu lassen. Hoffentlich lernt auch die Firma Girardet noch einsehen, daß sie als »tariftreue Anstalt« nicht nur Rechte, sondern auch sehr ernste Pflichten hat und daß sie nicht nur ihre persönlichen Wünsche in der Tarifgemeinschaft zu befriedigen suchen darf. An die selbstgeschaffenen Gesetze der Tarifgemeinschaft hat sich jeder Kontrahent zum Nutzen des Gewerbes zu halten.

G. L.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachs- und Zeug- und Seidendrucker. Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg Rittergutstr. 24.

Unser Arbeitsnachweis.

Mehr denn je ist es notwendig, den Kollegen die Einrichtung unseres Arbeitsnachweises ins Gedächtnis zu rufen und zu seiner Benutzung dringend aufzufordern. Zunächst muß vorausgeschickt werden, daß unsere Arbeitsvermittlung seit den Verhandlungen in Hannover im Vorjahre vollständig auf paritätischer Grundlage beruht, das heißt, den Unternehmern steht dasselbe Recht in dieser Institution zu wie den Gehilfen. In Übereinstimmung zwischen dem Formstechereibereitsverbannde und unserer Organisation ist die eigentliche Führung des Nachweises den Gehilfen übertragen; die Unternehmer haben ihrerseits am Sitze des Arbeitsnachweises einen ihrer Vertreter mit der Aufsicht und Kontrolle

betrault. Diesem fällt die Aufgabe zu, dafür Sorge zu tragen, daß die einlaufenden Aufträge in jeder Beziehung unparteiisch ausgeführt werden.

Anfang November hat nun in Berlin eine Aussprache zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Gehilfen stattgefunden, die dem Zwecke diente, den Arbeitsnachweis noch mehr wie bisher in den Dienst der guten Sache zu stellen. Ueber das Resultat der Besprechung werden die Kollegen näheres erfahren, sobald alle dazu nötigen Vorarbeiten erledigt sind.

Wenn wir in früheren Jahren immer darauf hinweisen mußten, daß viele Unternehmer unsern Nachweis nicht benutzen, sondern ihn direkt ignorierten, so können wir heute feststellen, daß diese Scheu vor dem Arbeitsnachweis fast ganz geschwunden ist. Dadurch ist wiederum der Arbeitsnachweis in der Lage, den Wünschen der Arbeitssuchenden in bezug auf Ort und Firma weitgehend Rechnung zu tragen. Daher sind auch die Klagen der Kollegen, die früher so viel an der Tagesordnung waren, verstummt. Es trifft eben nicht mehr zu, daß, wenn die Kollegen nur den Nachweis benutzen, nicht genügend Auswahl vorhanden ist, oder daß sich nur jene Firmen an den Nachweis wenden, die nur vorübergehend Arbeit haben usw.

Einzig und allein an den Kollegen liegt es nun, diese den Interessen der Unternehmer sowohl wie der Gehilfenschaft dienende Institution noch weiter und weiter auszubauen. Für die gesamte Kollegschaft muß die Parole maßgebend sein, jeden Stellenwechsel nur durch die Vermittlung des Arbeitsnachweises zu vollziehen, da nur in diesem

Falle den Kollegen die Sicherheit geboten ist, daß in den durch den Arbeitsnachweis vermittelten Stellenungen die in Hannover getroffenen Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse voll und ganz durchgeführt sind. Jede andere Stellenvermittlung als durch unsern Arbeitsnachweis weise jeder Kollege entschieden zurück.

Hauptsächlich in der jetzigen Zeit suchen wieder verschiedene Firmen im Trüben zu fischen. Besonders suchen sie dadurch Leute zu bekommen, daß sie in verschiedenen Tagesblättern inserieren und hohe Löhne, dauernde Arbeit und sonst noch allerhand schöne Sachen versprechen. Andere Firmen wieder wenden die Methode an, sich mit den Kollegen selbst in Verbindung zu setzen, um sich gegenseitig die Gehilfen durch Versprechungen wegzulocken. Zu diesen gehören hauptsächlich die Firmen C. Oschmann-Hannover und A. Zeitz-Einbeck. Selbstverständlich muß dieses Gebahren von uns auf das entschiedenste verurteilt werden.

Trotz alles guten Willens beider Parteien wird es aber immer Zeiten geben, wo einmal die Unternehmer, das andere Mal die Gehilfen nicht voll und ganz durch den Nachweis befriedigt werden können. Für die Unternehmer ist dieses die Zeit vom Oktober bis Mai oder Juni, und für die Gehilfen der übrige Teil des Jahres, die schöne Sommerzeit. Die Möglichkeit, diese Ungleichheiten einigermaßen auszumergen, liegt aber mehr in den Händen der Prinzipale als bei den Gehilfen. Sache des einzelnen Unternehmers muß es sein, im Winter im großen Ganzen nicht viel mehr Aufträge entgegenzunehmen, wie er mit einem gewissen Samm

von Leuten, die er noch während des Sommers mit möglichst wenigen Unterbrechungen beschäftigen kann, fertig zu stellen vermag. Das läge auch in seinem eigenen Interesse, denn es ist begreiflich, daß die Gehilfen möglichst nur dort in Arbeit treten möchten, wo sie von einer langandauernden Arbeitslosigkeit verschont werden. Sie wissen eben, daß man auch im Sommer bei noch so schönem Wetter von der Luft al'ein nicht leben kann.

Zum Schluß möchte ich noch einmal allen Kollegen dringend empfehlen, sich bei Stellenwechsel nur des Arbeitsnachweises zu bedienen, da es dem Nachweiführer streng zur Pflicht gemacht ist, nur solchen Firmen Leute zuzuweisen, die unsere Arbeitsbedingungen voll und ganz durchgeführt haben. Durch die Benutzung unseres Nachweises können sich also die Kollegen am besten gegen Verschlechterungen schützen.

C. Schubart.



Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Arbeiter-Jugend. Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. 3. Jahrgang, Nr. 24. Verlag: Fr. Ebert (Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands). Preis pro Heft (16 Seiten 49) 10 Pf., Vierteljahrespreis 50 Pf.

Alle Zuschriften

und Geldsendungen, die Insertion betreffend, sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Stellenangebote

Tücht. Positiv-Retuscheur

wird sofort verlangt. [240] Albert Frisch, Berlin W. 35. Lützowstraße 66.

Wir suchen sofort tüchtige, in Maschinenretusche perfekte [350]

Positiv-Retuscheure.

Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an **Brend'amour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.**

Plotter Metall-Retuscheur, ein jung. tücht. Mechaniker

sofort gesucht von [210] KREY & SOMMERLAD, Niedersiedlitz-Dr.

Selbständig arbeitender erster Photograph

der mit Naß- und Emulsionsaufnahmen, sowie mit Farbauszügen, für Klischees und Lithographie nachweisbar vollkommen vertraut ist, für 1. Januar in dauernde Stellung gesucht. Angebote an **Krey & Sommerlad, Niedersiedlitz.** [330]

Tüchtigen Photographen

für Autoyone in Emulsion suchen [180] **Adolf Klauß & Co., Leipzig, Kreuzstraße 5.**

Tüchtiger Zeichner und Retuscheur

(Maschinenretusche) für dauernde Stelle sofort gesucht. Ausführliche Offerten erbeten an [100] **Carl Cloheim, Frankfurt a. M. Querstraße 7.**

Farben-Kupferdrucker

perfekte, selbständige Arbeiter, finden per sofort oder später dauernde Beschäftigung. Offerten an [300] **Bischoff & Höfle, G.m.b.H. München, Kaulbachstr. 51a.**

Tüchtigen Kupferdrucker

besonders geübt im Druck von Radierungen, sucht [300] **Carl Sabo, Berlin S. W., Wilhelmstraße 133.**

Maschinenmstr.,

für Farbenlichtdruck, verlangt [180] **Albert Frisch, Berlin W.35, Lützowstraße 66.**

Wir suchen 2 tüchtige Holzstecher und mehrere Messingstecher

bei dauernder Beschäftigung. [210] Anhalter Druckwalzen- und Formenfabrik **JENTZSCH & EGER, DESSAU.**

Mehrere tücht. Messingstecher

werden durch den Nachweis gesucht. **C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.**

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photochemische Verfahren,
Bleistift und Wachstift-Ausübungen,
Prosopie (mit Kunstgewerbekunde)
Barmen

Stellengesuche

Perfekter Auto-Aetzer, Kenntnis im Farbenätzen, wünscht sich zu verändern. Derselbe möchte sich als Fertigmacher vervollkommen. [120] Anspr. besch. München bevorz. Geff. Offerten erbeten. **Fr. Göpfert, Straßburger-Alle 7, Basel.**

Verschiedenes

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf
Der Aluminiumdruck (Algraphie) Von K. Welland. Preis inkl. Porto 85 Pf
Zu beziehen durch **Conr. Müller, Schkeuditz**

„Matt-Lack“.

[300] Bester Farbenzusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden u. Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50; bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„Harmalein“.

Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- u. Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“.

Gibt feststehende, glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. **Gegen Nachnahme.** Kunden erhalten neuestes Tonschutz-Rezept gratis. **F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.**

Farb. Kunstblätter, Heliogravuren, Mal Vorlagen, Farbige Kunststeindrucke von P. Hey, 60x80 cm., à 4 Mk. empfiehlt **Jr. Pungs, Frankfurt-M., Süd.** Danneckerstr. 3. Kataloge 30 Pf.

Verbandsnachrichten

Unserem bisherigen Kassierer **Kollegen Karl Bremer** rufen wir bei seiner Abreise von hier **ein herzliches Lebewohl** zu. [120] Zahlstelle Bramsche.

Totenliste.

- † Am 15. Oktober in **Berlin Fritz Kolbe**, Lithogr. aus Berlin, 23 Jahr alt, an Herzschlag, krank 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 12. Januar 1908.
- † Am 16. Oktober in **Berlin Otto Kanitz**, Steindr. aus Berlin, 66 Jahr alt, an Schlaganfall. — Eingetreten in Berlin am 2. Februar 1908.
- † Am 21. Oktober in **Halle a. S. Norbert Panocha**, Lithogr. aus Nimbung i. Böhmen, 26 Jahr alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Sturz aus dem Fenster. — Eingetreten in Halle a. Saale am 6. November 1909.
- † Am 25. Oktober in **Bremen Karl Fischer**, Steindr. aus Bremen, 41 Jahr alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Bremen am 1. April 1900.
- † Am 28. Oktober in **Crimmitschau i. S. Emil Grunert**, Steindrucker aus Chemnitz, 42 Jahr alt, an Lungenschwindsucht, Invalide seit 24. Juni 1904. — Eingetreten in Chemnitz am 24. Juni 1894.
- † Am 9. November in **Leipzig Oskar Haring**, Chemigraph aus Leipzig Reudnitz, 30 Jahr alt, an Lungenentzündung, krank 4 Tage. — Eingetreten in Mannheim am 29. April 1900.

- † Am 11. November in **Straßburg i. E. Karl Acker**, Steindr. aus Straßburg i. E., 46 Jahr alt, an Herzleiden, krank 12 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Straßburg am 6. Juni 1909.
- † Am 21. November in **Berlin Alexander Krebner**, Steindr. aus Steglitz bei Berlin, 33 Jahr alt, an Herzschlag. — Eingetreten in Berlin am 19. Mai 1900.
- † Am 22. November in **Frankfurt a. O. August Renger**, Steindrucker aus Ndr. Halbendorf b. Görllitz, 58 Jahr alt, an Gehirnschlag, krank 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 21. März 1903.
- † Am 24. November in **Leipzig Heinrich Bauer**, Tapetendrucker aus Wurzen, 50 Jahr alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 29. September 1907.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedabuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personalien, (Rufnummern, Geburtstag und Jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.